Kolonialpolitik

Mein politisches Vermächtnis.

Von

W. H. Solf.

Reimar Hobbing/Verlag/Berlin.

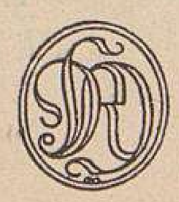
Kolonialpolitik

Mein politisches Vermächtnis.

Von

[Wilh.]

W. H. Solf



1919

Verlag von Reimar Hobbing, Berlin SW

An meine Mitarbeiter im Kolonialamt.

Nachdem ich vor einigen Wochen die Geschäfte des Auswärtigen Amts niedergelegt habe, nehme ich heute Abschied auch von Ihnen. Die Gründe, die mich zum Rücktritt von meinen Ämtern veranlaßt haben, liegen nicht in Meinungsverschiedenheiten zwischen der Volksregierung und mir über unsere kolonialen Kriegsziele; denn die neue Regierung steht auf dem Standpunkt, daß das koloniale Kriegsziel nach wie vor auf die Wiedererlangung unserer Kolonien gerichtet bleiben muß, und ist mit der alten Regierung der Meinung, daß der Besitz von Kolonien eine Lebensfrage für Deutschland ist und keine Luxusfrage. Deshalb wird mir der Abschied vom Kolonialamt besonders schwer, um so schwerer, als gerade jetzt der Meinungsaustausch unter unseren Feinden über die Frage der deutschen Kolonien auch bei den Kleinmütigen die Hoffnung anfachen muß, daß der Friede uns die Kolonien zurückbringt.

Gern hätte ich unsere kolonialen Forderungen als Staatssekretär des Reichs-Kolonialamts auf der Friedens-

konferenz vertreten. Ich hätte in dieser Tätigkeit die Krönung meiner amtlichen Laufbahn gesehen. Es hat nicht sollen sein! Und so scheide ich von Ihnen schweren Herzens. Mit manchen von Ihnen habe ich vor vielen Jahren in Afrika und in der Südsee zusammen gearbeitet, mehr als sieben Jahre habe ich die Geschäfte des Kolonialamts geführt. Ich vermag am besten zu beurteilen, was Sie, meine Herren, in all dieser Zeit für die deutsche Sache in überseeischen Gebieten geleistet haben, und ich möchte diesen Augenblick nicht vorübergehen lassen, ohne Ihnen für Ihre treue Mitarbeit zu danken. Wir haben als gute Kameraden zusammen gearbeitet, unser Führer war das gemeinsame, war das gleiche Ziel. Mein Dank gilt auch denen, die heute nicht unter uns weilen, denen, die auf dem Felde der Ehre in den Schutzgebieten und auf dem europäischen Kriegsschauplatz gefallen sind, und denen, die bis jetzt draußen für die deutsche Sache kämpften oder in der Gefangenschaft litten. Wenn ich mir in diesen Tagen härtester Prüfung unseres Vaterlands die Heldentaten unserer Kolonialkrieger vergegenwärtige, dann sehe ich trotz alledem getrost in die Zukunft und verfalle nicht in schwarzseherische Stimmung. Es liegt in unserem Volke zu viel gesunde Lebenskraft, um unterzugehen! Wir müssen und werden uns wieder emporarbeiten. So wenig es gelingen kann, ein 70-Millionen-Volk vom Erdboden zu vertilgen, so aussichtslos wäre das Beginnen, das deutsche Volk für immer und ewig fernzuhalten von

der kolonisatorischen Betätigung in den tropischen und subtropischen Ländern. Unsere siegreichen Gegner mögen im Augenblick die Macht haben, uns einen Gewaltfrieden zu diktieren. Ein solcher Friede aber könnte nicht von Dauer sein, weil er den Keim zu neuen Auseinandersetzungen in sich trüge. Ich hoffe, daß im entscheidenden Augenblick auch in den Reihen unserer Gegner diejenigen die Oberhand behalten werden, die wie Präsident Wilson das Recht und nicht die Gewalt als Grundlage für die Neuregelung der Welt nehmen wollen. Das Recht aber steht auf unserer Seite, wenn wir verlangen, daß dem deutschen Volk die Betätigung in eigenen überseeischen Gebieten auch künftighin ermöglicht wird.

Ich habe als Leiter der Kolonialverwaltung in den langen Jahren des Krieges die Gründe, die unsere Gegner gegen die Rückgabe der deutschen Kolonien anführen, gemeinschaftlich mit Ihnen auf das sorgfältigste geprüft. Haben wir aber auch nur einen einzigen stichhaltigen Einwand gefunden? Mehr als einmal habe ich während meiner Amtstätigkeit in öffentlicher Rede unsere Ziele auf kolonialem Gebiet in kultureller, wirtschaftlicher und politischer Beziehung klargelegt. Bis heute hat mir noch keiner nachgewiesen, daß die von mir aufgestellten Ziele nicht mit den Grundsätzen übereinstimmten, die Präsident Wilson in seinen mannigfachen Kundgebungen aufgestellt hat. Es sind dieselben Grundsätze, die auch von unseren europäischen Gegnern als Voraussetzung für den Frie-

densschluß angenommen worden sind. Die Idee des Rechts muß und wird früher oder später den Sieg davontragen über die Idee der Gewalt. Die Fragen, die ich am 20. August v. Js. Herrn Balfour vorgelegt habe, harren noch der Beantwortung:

Wie vermeiden wir künftige Kriege?

Wie erzielen wir die Wirksamkeit internationaler Abmachungen auch bei einem neuen Kriege?

Wie stellen wir die Nichtkombattanten sicher?

Wie ersparen wir den neutralen Staaten in Zukunft, daß sie für ihre Friedfertigkeit büßen müssen?

Wie schützen wir nationale Minderheiten?

Wie regeln wir unsere gemeinsame Ehrenpflicht gegenüber den minderjährigen Rassen dieser Welt?

Werden alle diese Fragen in dem Geiste beantwortet, aus dem heraus sie gestellt sind, dann werden auch wir wieder Kolonien haben, und dann, meine Herren, wird zum zweiten Male an Sie der Ruf ergehen, draußen Pionierarbeit für Deutschlands Sache zu leisten, und Sie werden, dessen bin ich gewiß, diesem Ruf willig und freudig folgen. Mehr als je gehört jetzt und in Zukunft unsere ganze Kraft dem Volke und dem Vaterlande. Also: Per aspera ad astra.

Berlin, im Februar 1919.

Solf,
Staatssekretär des Auswärtigen Amts
und des Reichs-Kolonialamts a. D.

Vorwort.

Dieses Buch ist während des Krieges entstanden. Es enthält die wichtigsten Abschnitte aus den Reden und Vorträgen, die ich im Laufe der Jahre 1914—18 gehalten habe. Da diese Reden und Vorträge der Aufklärung des deutschen Volkes über Zweck, Wesen und Ziel unserer Kolonialpolitik dienten, ließen sich Wiederholungen schwer vermeiden. Der redaktionellen Geschicklichkeit des Herrn Arthur Dix verdankt das Buch die Ausmerzung dieser Wiederholungen und die Gliederung des Stoffs in systematischer Darstellung.

Solf.

Inhaltsverzeichnis.

I. Weltwirtschaft und Kolonialpolitik.

1. Einleitung.

Die Verknüpfungen, welche die Weltwirtschaft in ihren mannigfachen Äußerungen unter den Kulturvölkern hervorgerufen hat, sind so stark, daß kein Volk sich mehr ihnen entziehen kann. Handel und Industrie aller Völker sind begründet auf dem Zusammenhang mit der ganzen Welt. Kein Staat vermöchte heute seine weltwirtschaftliche Betätigung aufzugeben, ohne einen Grundpfeiler seiner wirtschaftlichen Kraft zu untergraben. Die Entwicklung der einzelnen Wirtschaftskräfte Europas hat ihre Wirkung weit über die Grenzen des Kontinents hinaus erstreckt. Die Loslösung von der Weltwirtschaft und die zwangsweise Entstehung einer Autarkie während der Kriegszeit war kein Beweis dafür, daß wir als isolierter Staat immer und ewig bestehen können.

Als Europas Bevölkerung mit der fortschreitenden Industrialisierung anwuchs und die Industrie in steigendem Maße Rohstoffe verlangte, reichte die eigene Volkswirtschaft nicht aus, Lebensmittel und Rohstoffe in genügender Menge zu produzieren. Man führte sie aus Übersee ein und machte sich dabei auch tropische und subtropische Gebiete dienstbar, die bis dahin nur Luxusgüter, wie Edelmetalle, Edelsteine und Gewürze, geliefert

hatten. Diese Gebiete können viele der für Industrie und Landwirtschaft nötigen Rohstoffe teils billiger und besser, teils überhaupt nur allein erzeugen. Die besondere Schöpferkraft der Tropensonne und das reiche, weite Bodenareal der kolonialen Gebiete gewannen als willkommene Ergänzung der europäischen Erzeugungsmöglichkeiten mehr und mehr an Bedeutung. So führte die Entwicklung dahin, daß die Tropen und Subtropen, zuletzt auch diejenigen Afrikas und der Südsee, in die weltwirtschaftlichen Beziehungen der europäischen Völker eintraten und an der Versorgung Europas teilnahmen. So fand die europäische Wirtschaft eine Ergänzung in der kolonialen. Die kolonialen Fragen haben bereits in den letzten Jahrzehnten vor dem Kriege in den weltpolitischen Beziehungen und wirtschaftlichen Verknüpfungen und Gegensätzen der Großmächte untereinander eine sehr wichtige Rolle gespielt — ich verweise beispielshalber auf Marokko und auf die deutsch-englischen Verständigungsversuche — und werden nach dem Kriege im Zusammenhange mit seinen unzweideutigen Lehren, die auch dem verstocktesten Gegner klargeworden sind, an Bedeutung beträchtlich gewinnen. Wer sich mit Weltpolitik beschäftigt, kann an der Kolonialpolitik nicht mehr vorübergehen, als ob sie ein von jener losgelöstes Kapitel unserer nationalen Betätigung behandele. Die Kolonialgebiete der europäischen Staaten und der beiden außereuropäischen Großmächte umfassen ungeheure Flächen der bewohnbaren Erde. Sie sind das Ergebnis einer fast 500 jährigen Entwicklung, die durch das Hinausgreifen der Portugiesen über ihr europäisches Erbteil eingeleitet, nacheinander die Spanier, die Holländer, die Engländer, die Franzosen in ihre Bahn hineingezogen hat, bis im letzten Viertel des vergangenen Jahrhunderts

eine neue machtvolle Bewegung einsetzte, die im Zeichen des schärfsten Wettbewerbs der alten und neuen Kolonialstaaten, darunter endlich auch des neuerstandenen Deutschen Reiches, binnen kurzer Zeit eine Verteilung der noch freien überseeischen Länder zur Folge gehabt hat, ohne daß man sagen kann, sie sei bis zum Ausbruch des Weltkrieges abgeschlossen gewesen.

Wie gestaltete sich das politisch-geographische Weltbild des Jahres 1914?

Von den zu Europa rechnenden Ländern haben nur die englischen Besitzungen Gibraltar und Malta als Kolonien zu gelten, die von Spanien und Italien mit Recht als Pfähle in ihrem Fleisch empfunden werden — sprechende Beispiele für das Betreiben von Weltpolitik in Form von Kolonialpolitik, ohne die Voraussetzungen für ihre Berechtigung.

Diese Überbleibsel kolonialer Machtpolitik sogar auf dem Boden Europas sind Zeugen einer älteren Zeit, in der die ganze Weltpolitik mit den Methoden kolonialer Machtausbreitung getrieben wurde. Je mehr die Bevölkerung ursprüngliche Kolonialgebiete sich europäisierte, um so mehr ist im allgemeinen die Verselbständigung alten Koloniallandes vorgeschritten. Diese Entwicklung wird man auch heute noch nicht als abgeschlossen zu betrachten haben. Auch die europäischen — will sagen: die weißrassigen — Kolonien Englands fühlen sich in zunehmendem Maße nicht als „Tochterländer", sondern als „Schwesterländer" Englands und verlangen ihren vollen Anteil an der politischen Leitung des britischen Gesamtimperiums.

Kolonialpolitik im engeren Sinne begrenzt sich mehr und mehr auf die leitende Arbeit kolonisationsfähiger Mächte an der Erziehung unterer Rassen und die Nutzbarmachung des von

ihnen bewohnten Bodens für die Weltwirtschaft. In den von höheren Rassen bewohnten Gebieten werden die kolonialpolitischen Verbindungen mehr und mehr abgestreift, gewinnt die Weltpolitik das Gepräge selbständiger Einfügung in die großen Zusammenhänge der Weltwirtschaft.

Von dem amerikanischen Kontinent, der sich einst ganz in europäischen Händen befand, hat sich der Süden, ehemals spanischer und portugiesischer Kolonialbesitz, seit 100 Jahren in eine Reihe in der Hauptsache lebenskräftiger Staaten gewandelt, deren Selbständigkeit von niemand bedroht ist. Nur im Nordosten ist ein kleiner Rest europäischen Kolonialbesitzes — Guiana — geblieben. Ähnlich liegen die Dinge in Mittelamerika, nur daß hier die nordamerikanische Union auf der Lauer liegt, die neuspanischen Staaten von Panama bis Mexiko direkt oder indirekt seinem Machtbereiche anzugliedern. Die Vereinigten Staaten sind seit zwei Jahrzehnten selbst in die Reihe der Expansionsmächte eingetreten. Kanada, der große englische Gliedstaat in Nordamerika, hält bislang an seinem Verhältnis zu Großbritannien fest. Bleiben die westindischen Inseln, die unter den alten Kolonialstaaten und der Union aufgeteilt sind. Bei der starken Tendenz der Union, sie in ihren Besitz zu bringen, — ich erinnere an den Aufkauf des dänischen Besitzes während des Krieges — muß mit einem allmählichen Verschwinden der europäischen Flaggen aus ihnen gerechnet werden. Sieht man von dem kanadischen Problem ab, so hat demnach die Zeit der europäischen Kolonisation in Amerika als dem Abschluß nahe zu gelten.

Durch den ungeheuren asiatischen Kontinent erstreckt sich eine Reihe von Staaten — Türkei, Persien, Afghanistan, China, abseits Siam —, die sich bislang selbständig erhalten haben,

aber das heißbegehrte Ziel der imperialistischen Expansion der Großmächte waren. Sie sollen, wenn es nach dem Willen dieser Großmächte ginge, als solche von der Landkarte verschwinden und Interessensphären oder Kolonien Platz machen. Unsere Politik hat stets an der Erhaltung der staatlichen Selbständigkeit dieser Gebiete gearbeitet. Denn ihre Bevölkerungen sind in der Lage, ihre Geschicke selbst zu bestimmen. Nördlich dieser Staatenreihe dehnt sich die Weite des asiatischen Rußlands, über dessen kolonialen Charakter man wenigstens bezüglich großer Teile verschiedener Meinung sein kann. Es befindet sich im Zusammenhang mit dem Niederbruch der russischen Großmacht im Schmelztiegel der Geschichte; das Produkt bleibt abzuwarten. Zur eigentlichen Kolonialsphäre rechnet dagegen Vorder- und Hinterindien mit den Sundainseln. Hier hält England seine Herrschaft über den kostbarsten Teil seines riesigen Reiches aufrecht trotz der immer stärker werdenden Forderungen der hochstehenden Bevölkerungsteile nach Unabhängigkeit und Selbstbestimmung. Hier hält Frankreich sein schwer erkämpftes Indochina und die Niederlande Insulinde, die Quelle ihres wirtschaftlichen Wohlstandes, beide bedroht von den begehrlichen Aspirationen der asiatischen Großmacht, die die Grenzen ihres jungen Kolonialreichs nach allen Seiten vorzurücken gewillt zu sein scheint. —

Der jüngste Erdteil Australien und die große Inselgruppe Neuseelands sind britische Gliedstaaten, die sich durch das fortschreitende Aussterben der Eingeborenen und die relativ geringe Dichte der fast rein englischen weißen Bevölkerung kennzeichnen. Auch sie fühlen sich von Japan bedroht und schauen nach den Vereinigten Staaten als Nothelfern.

Aus diesem Gefühl heraus ist wohl auch die kürzlich verkündete Monroedoktrin für die Südsee zu erklären.

In der Inselwelt der Südsee besitzen England, Frankreich, Holland, Nordamerika und wir Kolonien. Sie ist dazu bestimmt, auch weiter Kolonialgebiet zu bleiben. Im Kampf um den Stillen Ozean, den viele voraussehen zu sollen glauben, ist ihnen eine wichtige Rolle vorbehalten. —

Wie die Südsee so ist Afrika trotz seiner Nachbarschaft mit Europa erst in den letzten Jahrzehnten von den Kolonialmächten in Besitz genommen worden, nachdem zuvor nur an einzelnen Punkten der Küste Festsetzungen europäischer Staaten stattgefunden hatten. Nordafrika diesseits der großen Wüste ist in die Hände der Mittelmeerstaaten gefallen. Im Nordosten ist Ägypten und der Nordsudan unter englischen Einfluß geraten, Abessinien ein selbständiges Reich geblieben, die Somaliküste zwischen Italien, Frankreich und England aufgeteilt. Südafrika bis zum Sambesi ist seit der Unterdrückung der Burenstaaten zum größten Teil britisch; nur Deutsch-Südwest und Portugiesisch-Mosambik gehorchen anderen Herren. Das dazwischenliegende Mittelafrika, die afrikanischen Tropen, wird, von der kleinen Negerrepublik Liberia abgesehen, in buntem Wechsel der Flaggen, in Einheiten, die zwischen den Extremen von fast unübersehbaren Großkolonien und unzweckmäßigen Zwerggebilden sich bewegen, durch sechs europäische Kolonialstaaten verwaltet. Frankreich, das sich im Nordwesten einen großen zusammenhängenden Besitz zu verschaffen verstanden hat und dazu ein gutes Stück des zentralen Westens sowie Madagaskar sein eigen nennt, verfügt über den ausgedehntesten Anteil. England hat in Ost und West besonders wertvolle

Stücke in der Hand. Belgiens Kongoerbteil erreicht das Achtzigfache der Ausdehnung des Mutterlandes. Portugal hält in den Resten seines alten afrikanischen Reiches, Angola und Mosambik, im Vergleich mit der Größe des Mutterlandes, ebenfalls unverhältnismäßig große Flächen in der Hand. Demgegenüber verschwindet der spanische Anteil im Busen von Guinea. Wir besitzen in Mittelafrika die Schutzgebiete Ostafrika, Kamerun und Togo, die zusammen die belgischen und portugiesischen Kolonien, geschweige denn die französischen und englischen an Umfang nicht erreichen.

Auch Deutschlands weltpolitisches Auftreten hat sich in früheren Jahrhunderten mit den alten kolonialpolitischen Methoden in Erdteilen betätigt, die heute über die koloniale Ära herausgewachsen sind. Ich erinnere an die Kolonialunternehmungen der Fugger und Welser in Südamerika als die ersten deutschen Versuche, praktische Kolonialpolitik zu treiben, und an die mit dem Namen des Merkantilisten Becher verknüpften bayerisch-holländischen Verhandlungen wegen der Abtretung des heutigen Neuyorks um 1665. Die Gründe, die es für das neue Deutschland zur Notwendigkeit machten, überseeische Kolonien zu besitzen, werden späterhin darzulegen sein; sie liegen in erster Linie auf wirtschaftlichem Gebiete. Machtpolitisch sind unsere kolonialen Ziele nur defensiver Natur. Deutsche Kolonialpolitik der Gegenwart beschränkt sich durchaus auf die von erziehungsbedürftigen Rassen bewohnten Gebiete, auf Afrika und auf die Inselwelt der Südsee.

Die Verteilung Afrikas und der Südsee, der beiden Kolonisationsgebiete, auf die sich unser Interesse bisher konzentriert hat, unter die Kolonialstaaten, ist das Ergebnis einer relativ

jungen Entwicklung, in der, neben antiquierten Herrschaftsansprüchen, mehr oder weniger zufällige Ereignisse die entschließenden Faktoren gewesen sind. Wir erinnern uns, wie oft Kühnheit und politischer Instinkt einzelner unternehmungslustiger Männer durch den Abschluß geschickter Verträge mit eingeborenen Machthabern ihren Heimatstaaten einen Vorsprung im Wettlauf um den Besitz afrikanischer Gebiete verschafft haben. Von einem organischen Werden ist hier nie die Rede gewesen. Kein Wunder, daß diese Verteilung in weitem Umfange der inneren Berechtigung entbehrt! Wir sehen Staaten im Besitz von riesigen Ländermassen, die das Achtzigfache des Mutterlandes erreichen und von ihnen aus Mangel an Menschen und an Mitteln gar nicht entwickelt werden können, wenigstens nicht so, wie die Kulturmenschheit es erwarten muß. Belgien, Frankreich und Portugal sind in einer solchen Lage. England, das in anderen Erdteilen schon ungeheure Gebiete seinem Weltreich eingegliedert hatte, hat es verstanden, sich einen bedeutenden, dem französischen Afrika nahekommenden Anteil auch an Afrika zu sichern. Auf der anderen Seite sehen wir Deutsche uns auf erheblich kleinere, verstreute Besitzungen beschränkt. Wer einen dauernden Frieden, wer einen Frieden der gerechten Zufriedenstellung anstrebt, kann die Aufrechterhaltung der heutigen Besitzverteilung in Afrika nicht wollen, denn sie entspricht in keiner Weise weder dem kolonisatorischen Können noch dem Kraftverhältnis der beteiligten Nationen.

Vergebens sucht man nach zureichenden Gründen für die Grenzen, wie sie in die Karten Afrikas und der Südsee tatsächlich eingezeichnet sind. Wie will man es vor einem unparteiischen Gerichtshof rechtfertigen, daß einzelne Staaten

ein ihre zur Entwicklung jener Länder verfügbaren Kräfte weit übersteigendes Übermaß von Kolonialboden besitzen, während wir Deutschen mit unserem wachsenden Kraftüberschuß auf verstreute kleinere Besitzungen beschränkt sind? Dieser Zustand ist das Gegenteil eines auf dem Kräfteverhältnis und dem kolonisatorischen Können aufgebauten Ausgleichs, der eine unverzichtbare Voraussetzung eines die Gewähr der Dauer bietenden Friedens ist. —

2. Triebfedern der Welt- und Kolonialpolitik.

Welches sind nun die Triebfedern der modernen überseeischen Expansion der Kulturstaaten und in welchem Grade fordern sie auch bei uns Befriedigung? Sahen die Mächte, die früher überseeische Weltpolitik als koloniale Machtpolitik trieben, den Wert überseeischer Besitzungen hauptsächlich in der Lieferung von Edelsteinen, Edelmetallen, Gewürzen und ähnlichen Produkten, so hat die neuere Entwicklung Europas mit ihrer rasch steigenden Bevölkerung und dem Aufblühen großer Ausfuhrindustrien, Erscheinungen, die sich gegenseitig bedingen, den Bedarf nach Rohstoffen in einer Weise gesteigert, daß die Deckung nur unter Heranziehung aller in Betracht kommenden Länder möglich und die Sicherung von Rohstoffgebieten für die nationalen Industrien ein dringendes Gebot kluger Wirtschaftspolitik geworden ist. Beim heutigen Stande unserer weltwirtschaftlichen Verknüpfungen und Abhängigkeiten liegt auf der Hand, von welch ungeheurer Wichtigkeit es für unsere wirtschaftliche Zukunft ist, daß wir über Gebiete verfügen, die geeignet sind, uns, wenn

nicht ganz, so doch in weitem Ausmaße den Bezug der erforderlichen Rohstoffe zu sichern. Bisher haben wir, was wir an Rohstoffen einführten, in der Hauptsache aus fremden Ländern erhalten können. Unsere Feinde spielen mit dem Gedanken einer Rohstoffsperre nach dem Kriege im Rahmen des von ihnen geplanten Wirtschaftskrieges. Ich hoffe, daß es zur Verwirklichung dieser Idee, die die Gefahr neuer Verwicklungen verewigen würde, nicht kommen wird. Aber ihre Möglichkeit muß uns in der Forderung nach einem ausreichenden Kolonialreiche bestärken.

In ganz Europa, außer vielleicht in Rußland, wird dem heimischen Boden in erster Linie die Sorge für die Ernährung der Bevölkerung anvertraut, die Erzeugung der industriellen Rohstoffe aber größtenteils überseeischen Gebieten überlassen. Und nicht nur der Industrie, auch der europäischen Landwirtschaft liefert die tropische und subtropische Wirtschaft Rohstoffe, besonders die sogenannten Edelfuttermittel, die allein die Haltung eines qualitativ und quantitativ hochwertigen Viehstandes ermöglichen.

So ist die Kolonialwirtschaft ein wichtiger Faktor für das Wirtschaftsleben der europäischen Völker gewesen. Ohne sie wäre die Volksvermehrung und damit die wirtschaftliche Erstarkung, die die Grundlage für die Stellung Europas in Weltwirtschaft und Weltpolitik bildet, nicht möglich gewesen. Die Kolonialwirtschaft hat also ihre Fäden in das Netz der Weltwirtschaft verwoben und ist zu einem Teil der letzteren geworden. Sie ist heute ein so wichtiger Teil der allgemeinen Weltwirtschaft, daß kein Weltvolk mehr auf sie verzichten kann. Eher könnte vielleicht der umgekehrte Fall eintreten. Es wäre durchaus denkbar, daß

z. B. England mit allen seinen Kolonien in ein so enges Wirtschaftsverhältnis käme, daß es ganz auf Weltwirtschaft verzichten könnte, d. h. also, daß ihm die Kolonialwirtschaft die Weltwirtschaft ersetzen könnte, was auch einen gewissen weltpolitischen Sättigungszustand bedeuten würde.

Welchen Grad von Bedeutung die Kolonialwirtschaft für die Weltwirtschaft gewonnen hat, beweisen am besten die Verhältnisse auf dem Baumwollweltmarkt. Mehr als die Hälfte aller Faserstoffe, welche die Menschheit verbraucht, liefert die Baumwolle. In der Produktion dieser Faser nehmen die Vereinigten Staaten fast eine Monopolstellung ein, da sie über die Hälfte der gesamten Weltproduktion liefern. Die Industriestaaten Europas, die selbst keine Baumwolle bauen können, waren ganz in die Abhängigkeit von Amerika geraten und suchten eifrigst nach Abhilfe. England, Deutschland und Rußland waren die größten Baumwollkonsumenten Europas. England suchte Befreiung von Amerikas Druck, indem es Ägypten und Indien zum Anbau von Baumwolle veranlaßte, Rußland stützte sich auf seine Besitzungen in Zentralasien. Die übrigen Staaten blieben in völliger Abhängigkeit vom amerikanischen Produktionsgebiet; das gilt besonders für Deutschland, das 80 Prozent seines Bedarfs dort deckte. Amerika liefert die Baumwolle natürlich nur so lange gern, als es sie nicht selbst verarbeiten kann. Die Verarbeitungsfähigkeit Amerikas hat der Krieg aber erheblich gesteigert. Die Zahl der Spindeln in den Vereinigten Staaten hat sich so stark vermehrt, daß sie heute bereits den größten Teil der Produktion im eigenen Lande verarbeiten. Daß die Vereinigten Staaten auf diesem Wege weiter fortschreiten werden, ergibt sich nicht nur aus der steigenden Fabrikatenausfuhr, sondern auch daraus,

daß es neben seinen Spinnereien auch Färbereien errichtet hat. Da sich die Anbaufläche infolge Mangel an Arbeitskräften nicht wesentlich vergrößern kann, so ist damit zu rechnen, daß Amerika in Zukunft den europäischen Bedarf an Rohbaumwolle nicht mehr wird decken können, selbst wenn es wollte. Wir werden also genötigt sein, den Vereinigten Staaten die Baumwollfabrikate abzunehmen, was den Untergang unserer Textilindustrie, die Millionen von Arbeitern beschäftigt, bedeuten würde, wenn wir nicht eigene Produktionsgebiete erschließen. Das aber könnte in Afrika geschehen, wo geeignetes Land hinreichend zur Verfügung steht. In der Tat war man bereits vor dem Kriege darangegangen, in Mittelafrika Baumwolland zu erschließen. Auch die deutsche Kolonialverwaltung hatte weder Mühe noch Kosten gescheut, den Baumwollanbau in unseren Kolonien zu entwickeln und hatte dabei trotz der Kürze der Zeit vielversprechende Erfolge aufzuweisen.

Das angeführte Beispiel zeigt, welche Bedeutung nur dieser eine Zweig der Kolonialwirtschaft für die Weltwirtschaft gewonnen hat, und welche Gefahren es mit sich bringen würde, wenn es nicht gelänge, das Baumwollproblem zu lösen.

Gewiß hat jetzt Deutschland unter dem Druck der Verhältnisse durch Ersatzstoffe verschiedener Art seinen Bedarf an Textilstoffen zu befriedigen vermocht, und wir werden auch nach dem Kriege aus dieser Ersatzindustrie Nutzen ziehen, aber wir werden ohne Baumwolle nicht auskommen.

Ebenso verbesserungsbedürftig wie unsere Lage in der Versorgung mit Faserstoffen, war diejenige mit Ölrohstoffen. Im Interesse des Anbaues von Lebensmitteln hatte die deutsche Landwirtschaft die Kultur von ölliefernden Früchten eingeschränkt.

Wir waren daher genötigt, jährlich erhebliche Mengen an Ölrohstoffen einzuführen, meist aus tropischen Gegenden, wo unter dem Einfluß der Tropensonne die Früchte besonders ölreich werden. Unsere alten Schutzgebiete lieferten uns davon noch wenig. So sah sich unsere kräftig aufgeblühte Ölindustrie auf den Import von Rohstoffen aus fremden Kolonialgebieten angewiesen. Britisch-Westafrika wurde insbesondere der Lieferant für Palmkerne, die in unserer Industrie eine vielseitige Verwendung fanden. Und gerade bei diesem Rohstoff haben wir bereits jetzt Gelegenheit zu sehen, in welche Lage wir geraten, wenn wir nach dem Kriege nicht unsere wirtschaftliche Ausbreitung in eigenen Kolonien suchen. England hat nämlich im Kriege auf Palmkerne in seinen afrikanischen Besitzungen einen Ausfuhrzoll von 2 £ per Tonne gelegt, der zurückerstattet wird im Falle des Nachweises, daß die Kerne in England verarbeitet worden sind. Während England früher gar nicht in der Lage war, große Mengen von Palmkernen zu verarbeiten und der deutschen Industrie diese Rohstoffe überließ, sind jetzt in England, besonders bei Hull, große Ölmühlen in Tätigkeit. Unsere eigene Ölindustrie gerät dadurch natürlich in Not, wenn wir sie nach dem Kriege nicht anderweitig versorgen. Dieses Beispiel zeigt deutlich genug, wie wenig befriedigend unsere weltwirtschaftliche Stellung bisher war und wie wünschenswert es für uns war und ist, eine Besserung durch eigenen Kolonialbesitz herbeizuführen. Immer schärfer tritt das Streben Englands und Amerikas in den Vordergrund, in geschlossenen Wirtschaftsgebieten sich alle Rohstoffe auf eigenem Boden zu sichern, um unabhängig von anderen Ländern zu sein. Beide Mächte zielen darauf ab, die übrige Welt vom Rohstoffmarkte auszuschließen, indem England seine

Herrschaft über die Handelsstraßen, Amerika seine Rohstoffe und sein Geld zum gemeinsamen Kampfmittel vereinigen.

Ähnlich wie bei den Textil- und Ölrohstoffen ist unsere Stellung auf dem Markte der meisten anderen Rohstoffe. Amerika, vor dem Kriege ein Rohstoffe ausführendes Land, führt bereits jetzt Rohstoffe ein und Fertigfabrikate aus. England sucht sich bereits jetzt mit allen Mitteln die meisten Rohstoffquellen der Welt zu sichern. Gerade bei unseren Gegnern haben wir es erkennen können, welche Vorteile die heimische Volkswirtschaft aus einem leistungsfähigen Kolonialbesitz ziehen kann. Dazu kommt, daß in den fremden Rohstoffgebieten schon vor dem Kriege bereits das Bestreben hervortrat, ihre Produkte selber in Industrieartikel zu verwandeln; ich erinnere an die kräftig aufwärtsstrebende indische Baumwollindustrie. Hand in Hand damit geht die Tendenz der Mutterländer, der inländischen Industrie die Rohstoffe der eigenen Kolonien vorzubehalten. Diese Bestrebungen machen sich im Kriege immer deutlicher geltend. England droht offen mit der Aussperrung Deutschlands von den von ihm beherrschten Rohstoffgebieten. Zum wenigsten möchte es uns von dem unmittelbaren Aufkauf in den Produktionsländern ausschließen und den früheren gewinnreichen Zustand wieder herstellen, daß es sich als Zwischenglied zwischen die Produktionsländer und unsere Volkswirtschaft einschiebt. Solche Bestrebungen, an deren Ernsthaftigkeit wir jetzt nicht mehr zweifeln dürfen, drängen uns gebieterisch auf den Weg kolonialer Betätigung, wenn wir uns wirtschaftlich behaupten wollen. Und waren es schon bei dem Erwerb unserer Kolonien wirtschaftliche Gesichtspunkte, die den Anstoß dazu gaben, heute sind sie es wieder, nur noch in verstärktem Maße, die uns dazu

drängen, unsere Schutzgebiete zurückzufordern. Denn volle wirtschaftliche Freiheit können nur eigene Kolonialgebiete gewährleisten. Wenn man vor etwa zehn Jahren noch in einem sozialdemokratischen Flugblatt las: „Es ist, volkswirtschaftlich betrachtet, ein Unsinn sondergleichen, Produkte teurer selbst zu erzeugen, die man billiger und besser vom Ausland kaufen kann. Solange wir Geld haben, wird uns das Ausland mit Freuden seine Produkte verkaufen", so wird es heute kaum einen Sozialdemokraten geben, der angesichts des Vernichtungswillens unserer Gegner dem Inhalt dieses Flugblatts zustimmt.

3. Koloniale Landwirtschaft.

Die kolonialwirtschaftlichen Hauptaufgaben, die im Interesse der heimischen Wirtschaft und der weltwirtschaftlichen Befruchtung zu leisten sind, liegen auf dem Gebiete der kolonialen Landwirtschaft, der wir unsere Aufmerksamkeit daher etwas eingehender widmen müssen. Waren die Mengen an tropischen und subtropischen Erzeugnissen, die wir aus unseren Kolonien bezogen, auch noch verhältnismäßig klein, sie sprachen doch schon bei der Versorgung unserer Bevölkerung und unserer Industrie mit. Nachdem Deutschland vom reinen Agrarstaat zum gemischten Agrar-, Industrie- und Handelsstaat geworden war, konnte die heimische Scholle allein die angewachsene Bevölkerung nicht mehr ausreichend ernähren und seine stark entwickelte Industrie nicht mehr genügend mit landwirtschaftlichen Rohstoffen versorgen. Wir mußten trotz des Aufschwungs unserer Landwirtschaft zur Einfuhr landwirtschaftlicher Rohprodukte übergehen und gerieten darin mehr und mehr in die Abhängigkeit vom

Ausland. Wohl hätte man durch sparsamere Wirtschaft die Einfuhr niedriger halten können, aber die reichlichen Auslandszufuhren waren eine Voraussetzung für die Volksvermehrung, und diese wiederum steigerte die Auslandsbezüge. Wir sehen, und haben es gerade im Kriege gefühlt, daß sich unsere Industrie, und hauptsächlich die Textilindustrie, ohne ausländische und besonders auch koloniale Rohstoffe nicht entwickeln kann. Unsere Bevölkerung entbehrt jetzt viele Nahrungsmittel, besonders Speisefett, und dieser Mangel wird vor allem dadurch hervorgerufen, daß dem Vieh die bisher vom Ausland bezogenen Kraftfuttermittel fehlen.

Wenn wir trotzdem durchhalten konnten, so verdankten wir das in erster Linie unserer Landwirtschaft, welche sich erfolgreich den gesteigerten Anforderungen angepaßt hat. Wir wissen, daß ihre Produktionskraft noch gesteigert werden kann, und daß sie uns in der Zukunft wohl in die Lage versetzen wird, eine noch stärkere Bevölkerung ausreichend ernähren zu können. Aber dazu müssen erst einige Voraussetzungen erfüllt werden. Wir brauchen dazu reichliche Düngemittel, genügend Arbeitskräfte und ausgedehnten Maschinenbetrieb auf dem Lande, sorgsamste Ackerkultur und hochgezüchtete Pflanzen und Tiere. Heute sind wir von diesem Ziele noch weit entfernt. Die Kraft unserer Äcker läßt nach, der Viehbestand geht quantitativ und qualitativ zurück, die Unterernährung der Menschen schreitet fort. Langsam müssen wir uns nach dem Kriege wieder emporarbeiten und unsere Betriebsweise ändern, wenn wir das Ziel erreichen wollen.

An Vorschlägen zur Umstellung unserer landwirtschaftlichen Betriebe fehlt es nicht: aber auch darin sind uns Grenzen gesetzt.

Wohl wird uns unsere Industrie nach dem Kriege reichlichen und billigen Stickstoffdünger liefern, wohl dürften wir von dadurch erhaltenen höheren Acker- und Wiesenerträgen teilweise einen Ersatz für die ausländischen Futtermittel erhoffen, wohl werden wir die Ackerfläche auf Kosten geringerer Wiesen vergrößern können, aber wir müssen den Anbau von Hackfrüchten und Hülsenfrüchten, von Öl- und Spinstpflanzen sowie Futterpflanzen steigern, ohne dabei den Getreidebau einschränken zu dürfen. Daneben müssen wir wieder auf einen möglichst großen Viehstand Bedacht nehmen. Und zu dem allen brauchen wir viel Land. Zwar werden wir Verschiebungen zwischen Acker-, Wiesen- und Waldflächen vornehmen können, werden auch wohl den Mangel an Land zum Teil durch Intensivierung unserer Wirtschaftsweise ausgleichen können, aber Wälder dürfen wir nicht in größerem Maßstabe umschlagen, und die Urbarmachung von Moor- und Ödländereien erfordert viel Zeit.

Mag es auch unserer tatkräftigen, hoch entwickelten Landwirtschaft gelingen, alle diese Voraussetzungen zu erfüllen und die Erzeugung so zu steigern, daß sie Bevölkerung, Viehstand und Industrie ausreichend versorgen kann, von heute auf morgen geht das nicht, vielmehr müssen wir darauf rechnen, daß darüber noch Generationen vergehen werden. Denn es wäre dazu wieder eine teilweise Rückentwicklung zum Agrarstaat nötig, die angesichts der bisherigen umgekehrten Entwicklung sich nur langsam vollziehen könnte.

Was soll aber für die nächste Zukunft werden?

Der alte Zustand wird sich nach dem Kriege nicht gleich wieder herstellen, die Grenzen werden sich nicht so schnell wieder öffnen. Unsere Feinde drohen mit dem Wirtschaftskrieg, sie können uns

durch Zölle und Abgaben die Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte unmöglich machen. Darum ist es ein Gebot der Stunde, daß wir uns auf eigene Füße stellen. Das kann aber am besten geschehen, wenn wir unsere Arbeit in eigenen Kolonien wieder aufnehmen. Das ist für uns eine zwingende Notwendigkeit. Denn Kolonien allein können uns die wirtschaftliche Freiheit bringen. Dazu ist es gar nicht nötig, daß sie uns unseren ganzen Bedarf an landwirtschaftlichen Rohstoffen liefern. Es genügt vielmehr schon, daß sie uns relativ kleine Mengen zur Verfügung stellen, damit wir die heimische Produktion ergänzen und feindliche Truste bekämpfen können.

Vor dem Kriege ging die Tendenz aller Großmächte dahin, die freie Wirtschaft durch Schaffung eigener, geschlossener Wirtschaftsgebiete zu lockern. England und Frankreich wollten mit ihren Kolonien, Rußland und Amerika mit ihren riesigen, in verschiedenen Klimaten liegenden Gebieten geschlossene Wirtschaftsgebiete bilden, während Japan sich in China sättigen wollte. Dieser Entwicklung muß sich auch Deutschland anpassen, wenn es nicht verkümmern will.

Man hört oft von Kolonialgegnern sagen: Was nützen uns Kolonien, wenn uns ein neuer Krieg doch wieder von der See absperrt! Das ist unrichtig. Zunächst ist es noch sehr fraglich, ob dieser Fall eintritt. Aber selbst wenn er wieder eintreten sollte, dann wäre unsere wirtschaftliche Lage mit Kolonien nicht ungünstiger als ohne Kolonien. Vor allen Dingen aber bauen wir unsere Wirtschaft doch für den Frieden auf und nicht für den Krieg. Dabei können wir nicht mehr darauf verzichten, die besondere Produktionskraft der Tropensonne zur Erzeugung hochwertiger Produkte für uns nutzbar zu machen.

Wohltmann hat es einmal ausgesprochen, daß wir „zweierlei Landwirtschaft" treiben müssen, heimische und koloniale. Niemals war diese Forderung „zweierlei Landwirtschaft" berechtigter als gerade jetzt.

In den Kolonien finden wir das Ackerland im Überfluß, das uns die heimische Scholle nicht bieten kann, und zwar in jeder klimatischen Lage und mit Böden aller Art und Güte. Viele der von uns so dringend benötigten Stoffe können bei uns überhaupt nicht erzeugt werden, wie Baumwolle und Kautschuk. Andere werden in den Kolonien billiger, besser und sicherer erzeugt, so daß es unrentabel wäre, den heimischen Boden damit zu belasten.

Dabei braucht die heimische Landwirtschaft nicht zu fürchten, daß ihr in ihrer kolonialen Schwester eine unliebsame Konkurrentin erwächst. Das hieße die Entwicklungsmöglichkeiten unserer Kolonien denn doch überschätzen. Die drei Jahrzehnte bisheriger deutscher Kolonialtätigkeit haben gezeigt, daß eine solche Furcht unbegründet ist. Eine willkommene Stütze, nicht aber eine unwillkommene Konkurrenz wollen wir mit unserer kolonialen Landwirtschaft der heimischen sein.

Eine Stütze, aber nicht nur als Lieferantin, sondern auch als Abnehmerin. So werden z. B. die Kolonien stets Abnehmer für gutes Zuchtvieh sein und waren es vor dem Kriege schon. Und wenn wir wieder einen Bevölkerungsüberschuß haben, so werden die Kolonien deutsche Landwirte als Pflanzungsbeamte, deutsche Bauern als Ansiedler aufnehmen. Heimische und koloniale Landwirtschaft müssen sich ergänzen. Gemeinsam mit den heimischen Landwirten wollen wir in unserer kolonialen Landwirtschaft daran arbeiten, Deutschland wirtschaftlich frei zu machen.

Daß die heimische Landwirtschaft zu dieser gemeinsamen Arbeit bereit ist, hat sie durch die Gründung einer Kolonialabteilung bei ihrer Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft bekundet.

4. Handelsbeziehungen zu eigenen und fremden Kolonien.

Da die Kolonialwirtschaft für alle Kulturstaaten in steigendem Maße eine so bedeutungsvolle Rolle im Wirtschaftsleben erlangt hat, so ist es ein Gebot der Billigkeit, daß allen diesen Staaten die Möglichkeit offengelassen wird, an der wirtschaftlichen Entwicklung der kolonialen Gebiete unmittelbaren Anteil zu gewinnen.

Im Laufe des 19. Jahrhunderts wurden die Kolonien in erster Linie als Siedelungsgebiete für die überflüssige oder tatendurstige Bevölkerung Europas angesehen. Es war die Zeit, wo jährlich Ströme von Auswanderern auch aus Deutschland ihre Heimat verließen, um jenseits des Meeres ein neues Feld der Betätigung zu suchen, wo infolgedessen die Länder des gemäßigten Klimas im Vordergrund standen, die Tropen dagegen kaum beachtet wurden. Diese Auffassung war auch noch führend, als die große Welle der Besetzung Afrikas und der Südsee einsetzte, die zur Verteilung der Erde geführt hat. Inzwischen ist die Siedelungsfrage an Bedeutung zurückgetreten, weil die Industrieländer, Deutschland an der Spitze, Platz und Unterhalt für alle ihre Söhne boten. *Wir führen nicht mehr Menschen, sondern Waren aus.* Wir rechnen auch damit, daß es nach dem Kriege dabei bleiben wird. Trotzdem besteht ein Bedürfnis für Siedelungsland. Wir haben dauernd ein gut Teil tüchtiger Kräfte, die ihr Glück in anderen

Breiten versuchen wollen und gerne hinausgehen, wenn sie eine günstige Gelegenheit dazu sehen. Südwest ist des Zeuge. Künftig kommen als weitere Interessenten die aus fremden Ländern vertriebenen deutschen Siedler, die Klasse der Rückwanderer, hinzu. Ihnen allen wollen wir die Bahn öffnen für eine neue Heimat unter deutscher Flagge. Englands Erfahrungen mit seinen Tochterstaaten im Krieg und Frieden zeigen deutlich, wie großen Nutzen ein Mutterland von Siedlungskolonien zu ziehen vermag.

Erst der Aufschwung der Industrie in den führenden Staaten der alten Welt während der letzten Jahrzehnte hat das zweite wirtschaftliche Problem, dessen Lösung eigener Kolonialbesitz zu erleichtern geeignet ist, in seiner ganzen Schärfe zur Entstehung gebracht: den Kampf um die Märkte für den Absatz der über den eigenen Bedarf hinaus gefertigten Fabrikate. Unsere Ausfuhrindustrie ringt mit der Englands und Nordamerikas um den ersten Platz. Ihre Vertrocknung infolge Verschließung der Märkte wäre ein furchtbarer Schlag für unsere Volkswirtschaft und damit für das ganze Volk. Die Feinde drohen uns auch auf diesem Gebiete mit der Abschließung. Auch wenn man ihre Drohungen nicht fürchtet, wird man den Wert von Gebieten, die wir uns notfalls reservieren können, zu schätzen wissen. Entsprechend dem fortgesetzten Anwachsen ihrer Ausfuhrproduktion werden die Kolonialgebiete in steigendem Maße aufnahmefähig für Einfuhrgüter. Wir haben also das größte Interesse daran, unser Kolonialreich zu erhalten.

Für die Aufrechterhaltung des weltwirtschaftlichen Gleichgewichts genügt es eben nicht, die Kolonialländer einseitig als Produktionsgebiete auszunutzen; man muß auch danach streben,

sie zu Absatzgebieten für die Erzeugnisse der Industrie zu machen, um dieser die unentbehrlichen Märkte zu sichern und die Produkte der Kolonien bezahlen zu können. In dieser Beziehung liegen die Dinge insofern einfach, als die primitiven Völker so ziemlich alles, was sie an Arbeitslöhnen oder als Gegenwert für ihre Produkte erhalten, in europäischen Waren anlegen. Sparen können sie noch kaum. So kommt es, daß in den meisten Kolonien die Einfuhrwerte ungefähr den Ausfuhrwerten entsprechen. Der Umfang der Wareneinfuhr richtet sich nach der Produktenausfuhr. Jede Produktionssteigerung hat also unmittelbar eine Vermehrung des Warenbedarfs zur Folge.

Unsere Handelsbilanz mit fremden Kolonialstaaten war schon vor dem Kriege in steigendem Maße passiv. Dabei war es einer der schwächsten Punkte unserer weltwirtschaftlichen Stellung, daß unser eigener Kolonialhandel noch sehr gering war. Zahlten wir doch jährlich etwa 3 Milliarden Mark für Erzeugnisse tropischer und subtropischer Länder und deckten aus unseren eigenen Schutzgebieten nur etwa 3 Prozent unseres Bedarfs. Da Deutschland nun einmal zum Industrieland geworden ist, so müssen wir unserer Industrie auch Rohstoffe schaffen, um unseren Arbeitern Brot zu geben. Ein Aufhören dieser Zufuhr oder auch nur eine geringe Verteuerung dieser Massenprodukte würde unabsehbare Folgen für unser Volk nach sich ziehen. Große Mengen von Arbeitern würden brotlos und zur Auswanderung gezwungen werden. Man mag die Entwicklung, die unsere Volkswirtschaft genommen hat, bedauern, aufhalten können wir sie nicht mehr.

Auch von unseren Kolonien kann nicht allein das Heil kommen. Sie waren bisher nicht imstande, unsere Bedürfnisse zu befriedigen. Woran lag das? Waren unsere Schutzgebiete wertlose

Sandwüsten? Oder verstanden wir nicht, sie zu entwickeln? Beides ist nicht der Fall. Wir dürfen nicht vergessen, daß wir überhaupt erst 30 Jahre Kolonialwirtschaft trieben! Und erst in den letzten 10 Jahren mit größeren Mitteln, so daß wir die tatsächlich vorliegenden Erfolge im Laufe weniger Jahre errungen haben.

Ohne großes Aufgebot von Statistik möchte ich doch darauf hinweisen, daß ihre Ziffern in jährlicher Steigerung ein erfreuliches Bild von der Leistungsfähigkeit unserer Kolonien geben. Die Ausfuhr z. B. hatte sich in den letzten zehn Jahren versechsfacht. Lieferten uns die Kolonien auch erst einen kleinen Teil des Bedarfes an Rohstoffen, so haben wir doch nach dem bisher Erreichten das Recht, eine erhöhte Lieferung zu erwarten. Die natürlichen Voraussetzungen dafür sind in vollem Maße gegeben. Nicht nur die Versorgung mit pflanzlichen und tierischen Rohstoffen, sondern auch mit Erzen und Mineralien, die uns bisher fremde Produktionsgebiete lieferten, können koloniale Gebiete erleichtern. In unseren bisherigen Kolonien sind Eisen, Phosphate und Kupfer sowie Glimmer, auch Gold, Petroleum und Platin bereits im Abbau oder doch als abbauwürdig festgestellt.

Es ist nicht nötig, daß die Kolonien unseren ganzen Bedarf decken. Es genügt, wenn sie uns einen Teil liefern, damit wir feindliche Monopolbestrebungen bekämpfen können und Einfluß auf die Preisgestaltung auf dem Weltmarkt gewinnen.

Haben wir ein genügend großes, wirtschaftlich kräftiges Kolonialreich, so haben wir ein Mittel, die offene Tür auf allen Kolonialmärkten der Welt uns zu erzwingen.

Angesichts dieser Tatsache ist es denn doch erstaunlich, daß

ein Deutscher einen Satz aufgestellt hat, der freudigen Widerhall in der feindlichen Presse gefunden hat. Professor Förster schrieb in den „Münchener Neuesten Nachrichten", nachdem er die Bedeutung unseres Gesamthandels mit England und den englischen Kolonien behandelt und den Zweifel ausgesprochen hatte, daß wir auf die Dauer die wirtschaftlichen Beziehungen mit Panamerika und dem britischen Weltreich entbehren können: „Auf dem Rücken des britischen Weltreiches haben wir unsere größten Reichtümer erworben. Nur mit jenem riesigen Export konnten wir die für uns unersetzlichen Rohstoffe zahlen." Dieser Satz diente unter anderem dem Vorsitzenden des australischen Handelskammerverbandes, D. E. Beale, zum Leitmotiv einer Rede vor dem Königlichen Kolonialinstitut in London. Beale meinte, jeder Engländer solle sich diesen Satz einprägen, der sehr viel Wahrheit enthalte und sehr zu denken gäbe. „Die einzelnen Teile des britischen Reiches sind jetzt, wo sie die wahre Art des Meergreises erkannt haben, den sie früher auf ihren Schultern trugen, nicht bereit, die Last wieder auf sich zu nehmen, von denen sie der Krieg zeitweise befreit hat." Es soll dahingestellt bleiben, ob diese Teile des britischen Reiches wirklich den Export ihrer Produkte nach Deutschland als eine Last empfanden, wie der Weltumsegler Sindbad den alten Meergreis, für das Gegenteil liegen genug Pressestimmen aus den englischen Dominien vor. Wohl aber erfordert die Darstellung des Professors Förster eine Berichtigung. Deutschland ist nicht auf dem Rücken Englands groß geworden, sondern durch Erschwerung seines Imports in seinen Kolonien bei gleichzeitiger Erlaubnis, Rohstoffe von dort zu beziehen, in eine schwierige Lage geraten. Man könnte vielmehr umgekehrt sagen, daß die Deutschen das

Wachstum des englischen Nationalreichtums, den englischen Warenabsatz in der ganzen Welt und besonders auch in den englischen Kolonien dadurch ermöglichten, daß sie die ‚Kaufkraft der Einwohner für englische Industrieartikel durch hohe Bezahlung der Rohstoffe schafften und steigerten. England konnte unmöglich, schon seiner Menschenzahl nach, alle Rohstoffe seines großen Anteils an der Welt selbst verarbeiten. Es könnte sich rühmen, uns „großgezogen" zu haben, wenn es auch unsere Einfuhr in seine Kolonien ebenso hoch hätte kommen lassen, wie unsere Ausfuhr von dort. Wie aber steht es damit in der Wirklichkeit? Aus Britisch-Indien haben wir allerdings 1912/13 für 339¾ Millionen Mark Landeserzeugnisse bezogen, dagegen haben wir nur für 140¾ Millionen Mark unserer eigenen Ausfuhrartikel dort absetzen können. England dagegen hat sich in Indien ein Absatzgebiet gesichert, das ihm für ungefähr 1½ Milliarden Mark seiner Ausfuhrartikel abnahm, dafür aber nur für 828¾ Millionen Mark Landeserzeugnisse lieferte. Großbritannien war an dem Gesamthandel Britisch-Indiens von über 6 Milliarden, das sind 25,1 Prozent, beteiligt, Deutschland immerhin auch mit 10,1 Prozent; aber an der Einfuhr Britisch-Indiens war Großbritannien mit 63 Prozent, Deutschland mit 6,4 Prozent beteiligt. Australien lieferte uns Rohstoffe für 300 Millionen Mark, nahm aber dafür nur für 80 Millionen Mark unserer Waren ab; in Britisch-Westafrika finden wir das Verhältnis von 134 zu 17 Millionen Mark. Aus ganz Mittelafrika haben wir 33 Prozent der Ausfuhrprodukte aufgenommen, während unser Anteil an der Einfuhr dieses riesigen tropischen Gebietes nur 8,7 Prozent beträgt. Dieses Verhältnis von Einfuhr und Ausfuhr gilt aber nicht nur für die englischen Kolonien, sondern auch für die meisten

anderen Kolonialstaaten. Damit mündet die Kritik der Försterschen Behauptung wieder in die allgemeine Betrachtung der kolonialen Absatzmärkte ein. Frankreich hat sich, trotz seiner geringen wirtschaftlichen Expansionskraft immerhin 50 Prozent des Anteils an seinem Kolonialhandel gesichert. Auch unsere Ausfuhr aus den französischen Kolonien war nicht unbedeutend; unsere Einfuhr betrug aber nur ganz wenige Prozent. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei Portugal und dem belgischen Kongo, von dessen Handel 90 Prozent auf Belgien kamen. Diese Ziffern illustrieren deutlich die außerordentliche Passivität des deutschen Handels mit fremden Kolonien vor dem Kriege. Daß die oben geschilderten Zollbevorzugungen fremder Kolonialstaaten zu dieser ungünstigen Handelsbilanz sehr wesentlich beigetragen haben, bedarf keines Beweises.

5. Das Kapital in den Kolonien.

Der weltwirtschaftliche Wert der Kolonialgebiete beruht aber nicht lediglich darauf, daß sie Handelsgebiete sind; als Handelsgebiete befruchten sie auch die Schiffahrt, die mit dem Handel in Wechselbeziehungen steht. Und da ist doch die Bedeutung nicht zu unterschätzen, welche nicht nur die afrikanischen, sondern alle kolonialen Gebiete für die Entwicklung der Schiffahrt haben. Gerade der Verkehr ist aber die am deutlichsten sichtbare Äußerung der Weltwirtschaft. Handelskolonien mit ausreichendem wirtschaftskräftigem Hinterland sind wichtige Stützen des Weltverkehrs geworden.

Eigene Kolonialgebiete sind ferner von Bedeutung dadurch, daß sie die überschüssigen Kapitalien des Mutterlandes aufnehmen.

Die bitteren Erfahrungen, welche die deutschen Überseekaufleute in diesem Kriege gemacht haben, indem ihre Geschäfte liquidiert, ihre Besitztümer von den feindlichen Regierungen verschleudert wurden, werden viele abschrecken, ihr Kapital erneut im Auslande anzulegen. Ein neues, wirtschaftlich starkes deutsches Kolonialreich soll die Möglichkeit bieten, Kapital da anzulegen, wo die deutsche Flagge es schützt und eine geordnete Verwaltung die ruhige Arbeit des Geldes gewährleistet.

Zu Beginn unserer Kolonialwirtschaft war Kolonialfreudigkeit des Großkapitals wohl vorhanden, aber nicht immer war ihm Erfolg beschieden. Das hatte seinen Hauptgrund darin, daß in den ersten Jahren unserer kolonialen Betätigung bei der Verwendung des Geldes nicht immer die nötige Sachkenntnis und Erfahrung obwaltete. Es fehlten vielfach die geeigneten Persönlichkeiten, die auf Grund ihrer kolonialen Erfahrungen das dargebotene Kapital richtig anzuwenden verstanden. Das hat sich aber in dem letzten Jahrzehnt geändert. Erfahrene, sachkundige Personen sind in großer Zahl vorhanden, die imstande sind, unter den besondersartigen Verhältnissen der kolonialen Gebiete Kapitalien nutzbringend arbeiten zu lassen. Schon vor dem Kriege brauchte nicht mehr an die koloniale Begeisterung der Geldgeber appelliert zu werden, die Verhältnisse hatten sich so gestaltet, daß sie dem Kapital verlockend genug erschienen, um freiwillig zu kommen. Vor dem Kriege war in Deutschland der Teil des anlagesuchenden Kapitals, der ein Risiko nicht scheute, um eine höhere Verzinsung zu erzielen, stark und im Wachsen begriffen. Dazu kommt, daß sich die Möglichkeiten ausländischer Kapitalsinvestierung vermindert haben dürften. Die Beschaffung der wichtigsten kolonialen Roh-

stoffe nach dem Kriege und der dringend notwendige Ausbau des kolonialen Eisenbahnnetzes wird dem Großkapital Gelegenheit zur Betätigung in reichem Maße bieten. Dadurch aber wird unserer gesamter Außenhandel kräftig befruchtet werden, denn das koloniale Kapital entwickelt eine größere handelspolitische Regsamkeit als das heimische. Somit würde durch Kapitalinvestitionen in einem eigenen Kolonialreich unsere Kolonialwirtschaft und damit unsere Stellung in der Weltwirtschaft eine Stärkung erfahren.

6. Wirtschaftliche Hebung der Kolonien.

Soll uns das eigene Kolonialreich zur Stärkung unserer Stellung in der Weltwirtschaft mit Rohstoffen versorgen, soll es unserem Handel und unserer Schiffahrt nutzbar sein, so genügt aber nicht, daß wir den Produktionsfaktor Kapital dort allein wirksam sein lassen, auch den Faktor der Arbeit müssen wir zur Entfaltung bringen. Dazu gehört in erster Linie, daß sich die Hände der eingeborenen Bevölkerung regen. Dazu bedarf der Eingeborene aber der Anleitung durch die überlegene weiße Rasse. Ihm diese Anregung und Anleitung zu geben, ist eine der Menschheitspflichten des Kolonisators. Der Eingeborene darf von den höher entwickelten Rassen nicht nur als Mittel zum Zweck betrachtet werden, sondern er hat ein Selbstzweckrecht, d. h. die Arbeit der Weißen in Afrika muß auch ihm dienen. Es ist also nötig, daß unsere Landsleute selber in unseren Kolonien tätig sind.

Allerdings erfordert die Erschließung roher Kolonialgebiete Zeit und Arbeit. Unkultivierte Menschen, die weder arbeiten

können noch den inneren Wert der Arbeit zu erfassen imstande sind, müssen an regelmäßige Arbeit gewöhnt werden. Es müssen ihnen Bedürfnisse anerzogen werden, deren Befriedigung für sie wieder den Zwang zur Arbeit bedeutet. Ihr sittliches Niveau muß auf eine höhere Stufe gehoben werden, kurz, ihr ganzes Menschentum muß erst entwickelt werden. Das erfordert natürlich Zeit und Geduld. Auch wir sind nicht von heute auf morgen aus den auf der Bärenhaut liegenden alten Germanen zu den intensivsten Arbeitern der Welt geworden. So lange brauchen wir nun allerdings auf die Zivilisierung der Neger nicht zu warten, denn sie haben an den heutigen Europäern bessere Lehrmeister, als unseren Vorfahren zur Verfügung standen.

Aber nicht nur die Umformung des Menschen ist die Grundlage der Kolonialwirtschaft, sondern auch die Umformung der Natur. Und die läßt sich ihre Gaben nicht viel leichter abringen, als der Mensch. Urwälder müssen niedergelegt, Sümpfe beseitigt, Wege angelegt und Eisenbahnen gebaut werden. Das sind so andeutungsweise einige der Aufgaben, die kolonisierende Völker zu erfüllen haben, wenn sie aus Kolonien Nutzen ziehen wollen. Wenn man das bedenkt und dann vergleicht, was wir bisher in afrikanischer Kolonialwirtschaft geleistet haben, dann wird man mit Vertrauen in die wirtschaftliche Zukunft unseres Teiles von Afrika blicken können.

Die zukünftige Entwicklung Afrikas wird sich schneller vollziehen als bisher, da wir die Lernjahre hinter uns haben. Die Wege und Arbeitsmethoden zur Hebung der Produktion sind gefunden, die Vorarbeiten im Gange. Insbesondere ist man mit dem Bau von Eisenbahnen und der Ausgestaltung von Flußschiffahrt sowie der Anlage von Landverkehrsstraßen schon

ein gutes Stück vorwärtsgekommen. Durch Intensivierung der Wirtschaftsweise und Anwendung moderner Methoden können aus rohen Ländern in relativ kurzer Zeit wirtschaftlich wertvolle Gebiete gemacht werden. Man hat schon begonnen, auch dem Eingeborenen die modernen Methoden der Bodenbearbeitung, der Fruchtfolge, der Düngung, der Pflanzenzüchtung zu vermitteln und seine Viehherden gegen Seuchen zu schützen. Vielerorts sind die Eingeborenen auch schon zu intensiver, rationeller Wirtschaftsweise übergegangen. Insbesondere hat man nach langem Zögern endlich begonnen, Menschenkraft durch Maschinen zu ersetzen. Durch die Anwendung neuer Maschinen wird z. B. die Ausnutzung der ungeheuren Ölpalmwälder in Westafrika wesentlich erleichtert. Da eine von wenigen Händen bediente Maschine an einem Tage so viel Palmöl und Palmkerne lieferte wie sonst ein Eingeborener in 500—600 Arbeitstagen, so kann die Ausbeutung viel umfangreicherer Bestände mit den bisherigen Menschenkräften vorgenommen werden. Ebenso finden schon im Kakaobau, den Kautschuk-, Baumwoll-, Sisal- und anderen Produktionen Maschinen Verwendung.

Man ist also auf dem Wege, die afrikanische Wirtschaft zur Ergänzung der europäischen Produktionen nutzbar zu machen, mit guten Erfolg vorwärtsgekommen.

7. Die freien Berufe in den Kolonien.

Deutschland hatte schon vor dem Kriege fast keinen Auswandererüberschuß mehr, und nach dem Kriege wird es im Lande viel Arbeit geben, wenn die erschöpften Vorräte aufgefüllt und die Industrie wieder auf den alten Stand gebracht werden soll.

Dazu ist die Zahl der arbeitsfähigen Männer durch den Krieg vermindert worden. Aber dennoch wird es an Leuten, die sich in deutschen Kolonialgebieten betätigen wollen, nicht fehlen. Manche von unseren alten Übersee-Deutschen und Kolonisten in Rußland werden nicht mehr im Ausland tätig sein wollen. Zur Arbeit in der Heimat nicht verwendbar oder nicht gewillt, werden diese Rückwanderer wünschen, sich in Deutsch-Übersee betätigen zu können. Sie werden uns willkommen sein, da bei ihnen die Fähigkeit vorausgesetzt werden kann, die Eingeborenen zu verstehen und richtig zu behandeln. Wie groß ihre Zahl sein wird, wissen wir nicht, aber daß wir mit solchen Rückwanderern zu rechnen haben, steht heute schon fest. Soweit sie bäuerlicher Art sind, stehen ihnen die subtropischen Kolonialgebiete und einige Hochländer der tropischen offen. Solche Bauernkolonien sind von hohen nationalem Wert, und wir wollen sie in unserem Kolonialreich nicht missen. Aber die eigentliche deutsche Betätigung in tropischen Ländern muß von anderer Art sein. Es muß eine Oberschicht der Intelligenz geschaffen werden, deren Aufgabe es ist, die eingeborene Bevölkerung zur Erschließung der im Lande vorhandenen wirtschaftlichen Kräfte anzuleiten. Dazu müssen wir jene gebildete Masse von Beamten, Offizieren, Ärzten, Kaufleuten, Technikern, Pflanzern usw. heranziehen, die wir im eigenen Lande auch nach dem Kriege im Überfluß haben werden und die hier vielfach ihre besten Mannesjahre in untergeordneten Stellungen verbringen müssen. Unter ihnen wird es viele geben, die gern ihre Kraft in einem größeren Wirkungskreis entfalten wollen. Früher gingen gerade diese Kreise ins Ausland und stellten ihre in Deutschland erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten in den Dienst fremder Nationen, da ihnen

das Vaterland keinen ausreichenden Wirkungskreis bieten konnte. Sie in einem deutschen Kolonialreich unterbringen zu können, wäre ein großer nationaler Gewinn. Nicht nur, daß diese Männer dem deutschen Volkstum erhalten bleiben, sie werden besonders dazu berufen sein, das Band zwischen Mutterland und Kolonien fester zu knüpfen. Sie werden uns dazu helfen, daß wir mit der Entwicklung unserer Schutzgebiete schneller voran kommen und alle jene Ziele erreichen können, die wir uns mit unseren Kolonien zur Stärkung unserer Stellung in der Weltwirtschaft gesteckt haben.

Die Verwaltung und die Erschließung von Kolonien liegt in den Händen von Männern, die die besten Jahre ihres Lebens an ihre große Aufgabe setzen, um dann wieder in die Heimat zurückzukehren. Kolonien bieten damit ein Betätigungsfeld für viele Kräfte hauptsächlich aus den intellektuellen Schichten des Mutterlandes, denen der wachsende Wettbewerb die Verwertung ihrer Kenntnisse und Fähigkeiten immer schwerer macht. Von ihnen geht andererseits insofern eine nützliche Rückwirkung auf das Mutterland aus, als sie dorthin den freien Blick und die unvoreingenommene Sicherheit zurückbringen, die sie sich in den großen, in fortdauerndem Flusse befindlichen Verhältnissen draußen erwerben.

II. Kolonisieren ist Missionieren.

Die Kolonialpolitik hat aber noch ein ganz anderes Gesicht, dessen Verdeutlichung mir besonders am Herzen liegt. Es ist nicht nur das wirtschaftliche Eigeninteresse, das die Kulturstaaten überseeische, von niederen Rassen bewohnte Gebiete erwerben

läßt. Aktive Kolonialpolitik bedeutet nicht nur Ausbeutung solcher Länder nach Maßgabe der mutterländischen Bedürfnisse, sondern ist daneben Mitarbeit an einer großen, der Kulturmenschheit gegenüber den Stämmen jener Gebiete obliegenden Aufgabe — der Aufgabe, sie intellektuell und moralisch zu erziehen, die Voraussetzungen für ihre wirtschaftliche Emporentwicklung zu schaffen und ihnen behilflich zu sein, zu einer höheren Stufe der Gesittung emporzusteigen. Es gilt dabei nicht, die Eingeborenen zu Europäern zu machen. Das wäre aussichtslos und in der Absicht falsch. Das Ziel kann nur sein, eine bodenständige Kultur höheren Grades heraufzuführen. Daran arbeiten an ihrem Teil die Missionare, die bisher ihr Feld ohne Rücksicht auf die Flagge, die über dem Lande wehte, suchen durften und suchten.

Die Missionsfelder, die eine so reiche Ernte versprachen, liegen heute brach. Heldenhaft haben unsere deutschen Missionare, den wackeren Streitern ebenbürtig, ihr Geschick ertragen. Furchtlos und treu haben sie auf ihren vorgeschobenen Posten ausgehalten und sind nur da gewichen, wo brutale Übermacht sie mit Gewalt vertrieben hat. Aber auch in der Gefangenschaft tragen sie gern und geduldig die Leiden, die ihnen die harte Kriegsnot auferlegt hat.

Ich habe bei jeder sich bietenden Gelegenheit betont, wie ich es als eine der vornehmsten Pflichten meines Amtes betrachte, die Bestrebungen der deutschen Missionen zu fördern. Ich möchte aber auch hier nochmals nachhaltigst zum Ausdruck bringen, welche große Wichtigkeit nicht nur für die Ausbreitung des Christentums, sondern auch für die praktische Kolonialpolitik der Missionierung zukommt. Die Abkehrung der Eingeborenen von ihren heidnischen Gebräuchen und von den Auswüchsen ihres

Aberglaubens und im Anschluß hieran ihre Erziehung zu christlicher Gesittung und Kultur ist der einzige Weg, auf dem die Naturvölker dauernd und sicher zu brauchbaren Gliedern der Menschheit emporgehoben werden. Die Eingeborenen sind aber das wertvollste Kapital in unseren Kolonien; und wer die Eingeborenen durch Werke christlicher Nächstenliebe fördert, der fördert gleichzeitig den Staatsgedanken und leistet dem Vaterlande wertvolle Dienste.

Als im Jahre 1910 die glanzvolle Veranstaltung der Weltmissions-Konferenz in Edinburg zu Ende ging, dachte keiner der Teilnehmer, daß dieser stolze Bau, der dank des einmütigen Zusammenwirkens der Vertreter fast aller Nationen fest gefügt schien, wenige Jahre später durch die Stürme eines Weltkrieges wie ein Kartenhaus zerfallen würde. Und noch weniger konnte man auf den Gedanken kommen, daß diejenige Großmacht, die sich stets in der Rolle des Schirmherrn der Weltmission gefallen hat, daß gerade England den Anstoß dazu geben würde, das in jahrhundertlanger Arbeit aufgerichtete deutsche Missionswerk zu zerstören. Mit der brutalen Rücksichtslosigkeit, die diesem Volk immer eigen war, ist England daran gegangen, in unseren Schutzgebieten und in seinen eigenen Kolonien alles zu ächten und zu vernichten, was nur entfernt mit dem Begriff „deutsch" zusammenhing. So sind aus einem großen Teil der deutschen Missionsfelder — nicht nur in Afrika, sondern auch in Indien und in anderen Gebieten, in denen deutsche Missionen unter englischer Oberhoheit wirkten — die deutschen Missionare in Gefangenschaft geschleppt, ihre Arbeiten empfindlich gestört und die Stationen zum Teil der Plünderung und Verwahrlosung preisgegeben.

Unsere Hoffnung, daß sowohl in England selbst wie auch in den neutralen Staaten gegen diese Vergewaltigung des deutschen Missionswerkes Verwahrung eingelegt würde, ist zuschanden geworden. Eine starke Strömung bei unseren Feinden will den deutschen Missionen auch nach Wiederkehr des Friedens ihre Betätigung in französischen und englischen Gebieten unmöglich machen.

Leider hat es auch bei uns nicht an Stimmen gefehlt, die einen Rückzug der deutschen Missionen aus fremden überseeischen Besitzungen und ein Verbot der Niederlassung fremder Missionare in unseren eigenen Schutzgebieten forderten.

Die überwiegende Mehrheit aber der Fachkundigen und Missionsfreunde steht trotz der furchtbaren Ereignisse des Weltkrieges nach wie vor auf dem Standpunkte, der allein dem wahren Wesen und dem eigentlichen Begriff der christlichen Missionstätigkeit gerecht wird: „Gehet hin in alle Welt und lehret alle Völker!“ So lautet der göttliche Missionsbefehl. In alle Welt soll das Licht des Evangeliums hinausgetragen, und es soll nicht haltgemacht werden vor den Schranken der Sprache, des Stammes und der Rasse! Ein Werk christlicher Nächstenliebe, ein Born uneingeschränkter Güte soll die Mission sein!

Gerade darum ist sie in dieser entsetzlichen Zeit des allgemeinen Völkerhasses dazu angetan, die Bande gegenseitigen Verständnisses und gegenseitiger Achtung wieder anzuknüpfen, die der furchtbare Weltkrieg grausam zerrissen hat. Ich will und kann es nicht glauben, daß unsere Feinde, die jetzt unsere Missionare von der übrigen Welt ausschließen wollen, auf diesem unchristlichen und kurzsichtigen Standpunkt auch nach Beendigung des Krieges verharren werden.

Auch bei ihnen wird der gesunde Sinn des Volkes über Haß und Rachsucht siegen und die im Zorn aufgerichteten Schranken über den Haufen werfen. Was unsere deutschen Missionare in fremden Ländern geleistet haben und nach Wiederkehr friedlicher Verhältnisse wieder leisten werden, ist viel zu gewaltig und viel zu bedeutend, als daß unsere Feinde leichten Herzens darauf verzichten könnten.

Solange nicht die Fackel des Weltkrieges ihre Sinne blendete, haben die Völker der Entente unseren Missionen die gebührende Anerkennung nicht versagt. Überall in der Welt hat man die stille, selbstlose Hingabe, mit der unsere Missionare ihre Pflichten gegen ihre göttliche und weltliche Obrigkeit verrichteten, geschätzt, und man wird die segensreiche Tätigkeit, des bin ich sicher, erneut würdigen, wenn Ruhe und Frieden in die aus tausend Wunden blutende Welt eingekehrt sein werden.

Schon vor der deutschen Besitzergreifung waren deutsche Missionare in den Ländern tätig, die jetzt unsere Kolonien sind, aber mit und an der Kolonialbewegung, die Anfang der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts in Deutschland einsetzte, erstarkte der Missionsgedanke bei uns und erlebte das Missionswerk einen ungeahnten Aufschwung. Bei Ausbruch des Krieges übten dreizehn protestantische und elf katholische Missionsgesellschaften ihre segensreiche Tätigkeit in unseren überseeischen Besitzungen aus!

Ich beginne aus sachlichen Gründen mit der katholischen Mission.

Die katholischen Missionen sind dem großen Organismus der katholischen Kirche unmittelbar angegliedert. Ihr Haupt ist deshalb der Heilige Vater in Rom. Er übt seine Rechte und

Pflichten aus durch eine besondere, vom Päpstlichen Stuhl gegründete Behörde, durch die Congregatio de Propaganda fide, die seit 1622 ihres wichtigen Amtes waltet. Diese Kongregation ist die Zentralinstanz für das gesamte katholische Missionswesen. Die Missionstätigkeit selbst wird von besonderen religiösen Genossenschaften, teils von älteren Orden, teils von neueren Körperschaften, ausgeübt, die als ausführende Missionsorgane eine weitgehende Selbständigkeit besitzen und für den geordneten Betrieb des Missionswerkes durch Entsendung des erforderlichen Personals und für die Aufbringung der Mittel zu sorgen haben. Das Missionspersonal setzt sich zusammen aus den eigentlichen Missionspriestern und dem Hilfspersonal, das aus den Missionsbrüdern und Missionsschwestern sowie den einheimischen Lehrern und Katechisten besteht. Die zuletzt genannten, eingeborenen Mitglieder der Mission bilden zugleich das Bindeglied zwischen der Mission und den Eingeborenen. Mit der Ausbildung einheimischer Priester, die in anderen älteren Missionen schon auf ansehnliche Erfolge zurückblicken kann, ließ sich erst in wenigen unserer Kolonialmissionen ein kleiner Anfang machen.

Die Regelung der Vereins- und sonstigen Werbetätigkeit für die Missionen untersteht den deutschen Bischöfen, die mitsamt ihrem Klerus gerade in den letzten Jahren vor dem Kriege das Missionswesen erheblich gefördert haben. Um die Pflege der katholischen Missionswissenschaft hat sich besonders verdient gemacht die katholische Fakultät zu Münster, von welcher zuerst missionswissenschaftliche Vorlesungen und ein missionswissenschaftliches Seminar eingerichtet wurden. Auch das Institut für missionswissenschaftliche Forschung hat seinen Sitz in Münster.

Im ganzen wirkten vor Kriegsausbruch in den deutschen Kolonien mit Einschluß von Kiautschou 476 Missionspriester, 305 Laienbrüder und 462 Missionsschwestern. Auf 232 Haupt- und 1680 Nebenstationen wurden rund 166 000 Katholiken und 57 000 Taufbewerber gezählt.

Die evangelische Mission Deutschlands war zu Beginn der deutschen Kolonialära bereits durch große, blühende Arbeitsfelder in Anspruch genommen. Gleichwohl ist auch sie in die koloniale Arbeit mit Eifer und starkem Krafteinsatz eingetreten.

Die evangelischen Missionen haben im Gegensatz zu den katholischen keine mit Befehlsgewalt ausgestattete Zentralstelle. Das gilt nicht nur für die Missionen der verschiedenen Staaten, sondern auch für die deutschen Missionen in ihrem Verhältnis zueinander. Es erklärt sich das aus der Gliederung des evangelischen Teils Deutschlands in einer Reihe von Landeskirchen und Sondergemeinschaften, denen es aber an einer sie zusammenschließenden Organisation nicht fehlt! Dazu kommt als weitere Besonderheit die Unabhängigkeit der Missionen von den Kirchen. Eine Ausnahme davon machen nur einige Missionen, wie z. B. die der Brüdergemeine, der es die Art ihrer nicht territorial begrenzten Verfassung ermöglicht hat, Missionsarbeit in fremden Ländern als kirchliche Angelegenheit zu betreiben. Sonst liegt die Ausbreitung des evangelischen Glaubens unter den Heiden in den Händen von Gesellschaften und Vereinen. Ohne organischen Zusammenhang mit den heimatlichen Kirchen, stellen sie selbständige Körper mit eigener Finanzwirtschaft dar und leiten mit eigener Befugnis die Arbeit der Missionare und die heidenchristlichen Kirchen. Das bedeutet aber nicht, daß das protestantische Missionsleben sich ohne jede Fühlung mit den Landeskirchen

vollzieht. Die Entwicklung hat vielmehr dahin geführt, daß die Kirchenregierungen und die Missionsgesellschaften sich gegenseitig tunlichste Förderung angedeihen lassen. Das unermüdliche Werben der Missionsgesellschaften für den christlichen Glauben und die Bekehrung zum Evangelium übt auch in der Heimat auf das religiöse Leben einen befruchtenden Einfluß aus. Die Kirchenregierungen sind sich dessen wohl bewußt und öffnen den Missionsveranstaltungen gern Kirchen und Kanzeln, pflegen den Missionsgedanken im heimatlichen Unterricht und Gottesdienst, genehmigen Haussammlungen und Kirchenkollekten für die Zwecke der Missionen und unterstützen sie in der mannigfachsten Weise.

Zu Beginn des Krieges hatten die protestantischen Missionsgesellschaften einschl. einiger nichtdeutscher Missionsarbeiter zusammen 233 Hauptstationen, in denen 346 ordinierte Missionare, 177 Laien, 12 Ärzte und 81 Schwestern tätig waren. Die Zahl der getauften Eingeborenen betrug 109 349, diejenigen der Taufbewerber 72 397.

Die erste Ausbreitung des Christentums folgte vielfach den Wegen erst der jüdischen und später der römischen Kolonialbewegung, und auch im Mittelalter waren Mission und Kolonisation aufs engste verknüpft. Am deutlichsten aber prägte sich der enge Zusammenhang zwischen beiden aus im Zeitalter der großen Entdeckungen, im 16. und 17. Jahrhundert. Hand in Hand mit der Entdeckung Amerikas und der Seewege nach Ostindien und um das Kap der Guten Hoffnung ging die Verbreitung des Christentums in den neuerschlossenen Gebieten. Dominikaner und Franziskanermönche begleiteten die kühnen Seefahrer auf

ihren Entdeckungsreisen und pflanzten alsbald, von der staatlichen Autorität im weitestgehenden Maße unterstützt, das Banner des Christentums in den eroberten Heidenländern auf. Und wenn wir uns, was unsere engere Heimat anbelangt, dem Zeitalter der Kolonialära — Ende der 70 er und Anfang der 80 er Jahre des vorigen Jahrhunderts — zuwenden, so zeigt die Entwicklung, die das deutsche Missionswesen seitdem genommen hat, mit aller Deutlichkeit, wie sehr, trotz grundsätzlicher Unterschiede in den Aufgaben und Zielen, Mission und Kolonisation eng zusammenhängen und aufeinander angewiesen sind. Wohl ist der Missionar oft vor dem Beamten und Offizier der Kolonialregierung in den abgelegenen und schwer zugänglichen Ländern der Eingeborenen gewesen und hat damit bewiesen, daß er seine unerschrockene und hingebungsvolle Bekehrungsarbeit auch da zu leisten vermag, wo die schützende und helfende Hand der staatlichen Autorität fehlt; allein kein erfahrener Missionar wird sich der Erkenntnis verschließen, welche Wohltat und welche Förderung für das Missionswerk eine geordnete Kolonialregierung bedeutet. Sie sorgt für Ruhe und Sicherheit, für Verwaltung und Rechtspflege, erleichtert den Missionen durch Schaffung von Verkehrswegen und Verkehrsmitteln, als da sind Straßen, Eisenbahnen, Post- und Schifffahrtsverbindungen, ferner durch wirtschaftliche und sanitäre Maßnahmen in erheblichem Maße ihre Arbeit, ist bemüht, die Missionen moralisch zu unterstützen und durch Zollerleichterungen und andere Privilegien ihre finanziellen Lasten erträglicher zu machen.

Demgegenüber bietet die Arbeit der Missionen, ihr unermüdliches Wirken im Dienste der Heidenbekehrung, ihre methodische Beschäftigung mit allen Angelegenheiten der Eingeborenen und

das Studium ihrer Lebensnotwendigkeiten eine solche Fülle unmittelbarer praktischer Kolonisationsarbeit, daß keine einsichtige Regierung auf die wertvolle Mithilfe der Missionen würde verzichten wollen. Die Eingeborenen sind ja, wie mein verehrter Herr Amtsvorgänger Exzellenz Dernburg mit Recht betont hat, das wertvollste Kapital in unseren Kolonien. Wer aber einmal die Eingeborenen einer unerschlossenen, von Weißen noch nicht betretenen Kolonie, in ihrem von unserer Kultur unberührten Zustande gesehen hat, der weiß die unsäglichen Schwierigkeiten zu ermessen, die dem Missionar sowie dem Verwaltungsbeamten bei der Aufgabe erwächst, dieses Kapital zu heben und für die Menschheit zinspflichtig zu gestalten. Unendliche Schwierigkeiten erwarten den Pionier, der sich dieser Aufgabe widmet und sich in den Dienst dieses erhabenen Zieles stellt. Wie sieht der Acker aus, den er bestellen soll? Welche Felsblöcke müssen weggerollt und wie muß im Schweiße des Angesichts gerodet werden, ehe der Samen der christlichen Lehre ausgestreut werden kann! Finsterer Aberglaube, Stammesfehden und Blutrache, ränkevolle Zauberer und Medizinmänner, grausame Unsitten bei der Geburt der Kinder, der Mangel jeglicher Hygiene, Unterernährung wechselnd mit Völlerei, das sind die Felsblöcke, die auf dem Acker liegen, das sind die Hauptfaktoren, die einer gesunden Weiterentwicklung der sich selbst überlassenen Eingeborenen im Wege stehen, die ihre Volkskraft nicht zur Entfaltung kommen lassen und oft zum Aussterben ganzer Stämme geführt haben. Eine erfolgreiche Bekämpfung dieser am Marke der Naturvölker zehrenden unheimlichen Kräfte gehört zu den ersten und wichtigsten Aufgaben des Missionars und des Kolonisators. Um dieses Ziel zu erreichen, genügt es nicht, ein Schutzgebiet mit Waffengewalt zu erobern

und den Eingeborenen den Willen des Eroberers aufzuzwingen. Wir müssen die neue Welt, die wir mit ihrer anders gearteten Menschheit in Besitz nehmen, uns auch geistig zu eigen machen; wir müssen uns bestreben, den Eingeborenen innerlich zu erfassen und ihm näher zu kommen, wir müssen ihn begreifen lehren, warum wir von ihm eine Abkehr von seinen bisherigen Lebensgewohnheiten verlangen, er muß verstehen, daß es Güte ist und nicht Härte, wenn wir ihn zwingen, auf ihm Liebgewordenes zu verzichten.

Um die Eingeborenen leiten zu können, müssen wir ihre Sitten, Gewohnheiten, ihre Rechtsverhältnisse eingehend studieren, wir müssen ihre Welt kennenlernen, wir müssen die Welt so kennenlernen, wie sie sich in den Köpfen der Menschen abspiegelt, die Jahrhunderte abseits im Schatten der Kultur gelebt haben. Erst wenn man unterscheiden gelernt hat, was dem Eingeborenen lieb und wert ist, was ihm als heilig oder profan gilt, was er für dumm und klug hält, was ihm als gut und was als böse erscheint, erst wenn man weiß, warum er dieses als wichtig, jenes als Lappalie auffaßt, erst dann versteht man seine Gedanken, und erst dann kann man den Argumenten seiner Logik begegnen. Ungebildete Leute werden sich zunächst schlecht mit den Eingeborenen verstehen, weil sie sich in fremde Gedanken nicht hineinfinden können und weil sie den Eingeborenen lediglich als Corpus vile für ihre Erwerbsabsichten ansehen. Aus diesen Kreisen stammen auch die unfreundlichen Anreden für unsere farbigen Schutzgenossen, wie Nigger, Kanaker, Kuli!

Ich habe als Gouverneur über zehn Jahre mit und unter den Eingeborenen der Samoa-Inseln gelebt und habe Jahre meines Lebens dem Studium der Eingeborenen gewidmet. Bei dem

selbstverständlichen Wunsch unserer Regierung, für unser deutsches Vaterland Vorteile aus den Kolonien zu ziehen, habe ich nie vergessen, daß unsere Kolonien die Heimat sind von Menschen, denen wir unseren Schutz versprochen haben, für die wir sorgen müssen. Diesen Standpunkt habe ich als Gouverneur meinen Beamten eingeschärft und habe ihn später als verantwortlicher Leiter unserer Kolonialverwaltung für sämtliche deutschen Kolonien als Leit- und Grundsatz aufgestellt. Es ist aber praktisch nicht viel gewonnen, wenn man die Aufgaben des Kolonisators deduktiv aus dem Rechtsverhältnisse zwischen Kolonie und Mutterland und aus den Postulaten der christlichen Weltanschauung herleitet. Wer nicht jahrelang unter den Eingeborenen gelebt und Anteil genommen hat an ihren Leiden und Freuden, wessen Herz nicht für sie schlägt und wer nicht das Gefühl der Nächstenliebe auch für tieferstehende, anders denkende und fühlende Menschen empfindet, der wird die Freudigkeit und Begeisterung nie verstehen, mit der der berufene Kolonisator und Missionar an seine Arbeit geht. In diesem Zusammenhang wird der Sinn der Worte klar werden, die ich im Reichstag und in öffentlichen Reden wieder und wieder ausgesprochen habe: Kolonisieren ist Missionieren!

Auf diesem schwierigen Gebiete der Eingeborenenbehandlung ist der Missionar der treueste Mitarbeiter und Bundesgenosse der Kolonialregierung. Er liefert der Regierung unermüdlich wertvolles Material für die psychologische Erforschung der Eingeborenen und bereitet bei ihnen durch Lehre und Unterweisung das Verständnis für die Maßnahmen vor, die die Regierung im Interesse der Eingeborenen und zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und für die Entwicklung des Landes in gesundheit-

licher und wirtschaftlicher Beziehung zu treffen hat. Den Eingeborenen gegenüber wirkt der Missionar neben der Lehre vor allem durch das eigene Beispiel. Hat er sich einmal unter den Eingeborenen eingerichtet und ihr Vertrauen gewonnen, so beginnt die neben der Lehre nie außer acht zu lassende Unterweisung in der praktischen Arbeit. Der Betrieb von Ackerbau, Viehzucht und Handwerk seitens der Eingeborenen wird planvoll gehoben. Dies geschieht in erster Linie durch die wirtschaftlichen Anlagen, die fast bei jeder Missionsstation errichtet werden. Hier wird den Eingeborenen gezeigt, wie der Boden mit zweckmäßigeren Werkzeugen urbar gemacht, wie er verbessert und sachgemäß ausgenutzt wird. Der nächste Schritt ist die Gründung besonderer Ackerbau-, Handwerker- und Industrieschulen, in denen jeder lernbegierige Eingeborene praktische Unterweisung in den verschiedenen Lehrfächern erhält. Mit dieser methodischen Erziehung zu geordneter Arbeit wird ein doppelter Zweck erreicht. Einmal wird die gesamte Lebenshaltung der Eingeborenen eine bessere, denn sie lernen die reichen, ihnen zur Verfügung stehenden Naturschätze vorteilhafter auszunutzen. Dann aber werden sie durch die allmähliche Gewöhnung an erhöhte Bedürfnisse von selbst dazu gebracht, durch ihrer eigenen Hände Arbeit die notwendigen Mittel zur Bestreitung der gesteigerten Bedürfnisse zu verdienen. Auf diese Weise wiederum erhält der weiße Pflanzer die nötigen einheimischen Arbeitskräfte und durch die gesteigerte Kauflust und Kaufkraft der Händler den für seine Waren gewünschten Absatz.

Die Mission begnügt sich aber nicht damit, die Eingeborenen rein mechanisch zu tüchtigen Ackerbauern, Pflanzungsarbeitern oder Handwerkern herauszubilden, sie ist vielmehr darauf bedacht, neben der Handfertigkeit das sittliche und geistige Niveau

der Eingeborenen zu heben. Zu diesem Zwecke haben die protestantischen wie die katholischen Missionen allenthalben Schulen eingerichtet, und zwar in der Hauptsache Elementarschulen mit dem Bildungsgange ungefähr unserer Volksschulen. Den Fortgeschrittenen stehen auch gehobenere Schulen zur Verfügung.

Es gibt ferner kaum eine katholische oder protestantische Missionsstation, auf der nicht Krankenpflege geübt wird. Missionare und Missionsschwestern wetteifern untereinander in dem selbstlosen und aufopferungsvollen Liebeswerke. Wesentlich auch in der Bekämpfung der Seuchen, ich erinnere nur an die Schlafkrankheit und den Aussatz, haben die Missionen die staatliche Gesundheitspflege in der wirksamsten Weise unterstützt. Zahlreiche Krankenhäuser und Apotheken, Waisenhäuser, sodann auch Gesundheits- und Erholungsstationen, wie z. B. in Deutsch-Ostafrika und Deutsch-Neuguinea, die auch den Europäern zugute kommen, legen Zeugnis ab von dem umfassenden Werke der Missionen auf dem Gebiete der Kranken- und Wohlfahrtspflege. In den letzten Jahren vor Kriegsausbruch sind die Missionen immer mehr dazu übergegangen, selbst geschultes ärztliches und berufsmäßig ausgebildetes Krankenpflegerpersonal in unsere Kolonien hinauszuschicken.

Schwierig, verschlungen und voller Hindernisse ist der Weg, den die Missionare gehen müssen, um die Eingeborenen nicht nur sozial zu fördern, sondern auch sittlich zu läutern, zu bessern und zum vollen Anteil an den Segnungen des Christentums zu führen. Daß aber der erwählte Weg der richtige ist, zeigen die Ergebnisse, die die Missionen im Laufe der Jahre in unseren Schutzgebieten erzielt haben. So weist die letzte Statistik vor Kriegsausbruch für die protestantischen Missionen 109 349 Getaufte und 72 397 Tauf-

bewerber und für die katholischen Missionen 166 001 Getaufte und 57 072 Taufbewerber auf.

Das Missionswerk in unseren Kolonien darf so auf großartige Erfolge zurückblicken und berechtigte zu den schönsten Hoffnungen. Mit dem Schicksal unserer Kolonien war aber leider auch das Schicksal der dort tätigen deutschen Missionen entschieden!

Deutschland erfüllte seine Pflicht, indem es für den Frieden Afrikas eintrat.

Die Eröffnung der Feindseligkeiten auf kolonialem Boden durch unsere Feinde hat alle diejenigen Instinkte und Neigungen in den Eingeborenen wieder wachgerufen, die man in friedlicher Bearbeitung der Bevölkerung während der letzten Jahrzehnte niederzuhalten und allmählich auszurotten eifrig bemüht gewesen ist. Sie müssen den Glauben an die Europäer als Träger und Bringer der Kultur außerordentlich erschüttern. Die bisherigen Erfolge in der Erschließung Afrikas und in der Hebung seiner Bevölkerung sind in Frage gestellt. Millionen, die das christliche Missionswerk in Zentralafrika erfordert hat, sind vergeblich geopfert. Die Stellung der weißen Rasse ist durch das dem Völkerrecht und jeder kolonialen Tradition in Afrika zuwiderlaufende Verhalten der Engländer und Franzosen gegen die deutsche Zivilbevölkerung in den Schutzgebieten in ihren Fundamenten erschüttert.

Auf England und Frankreich lastet vor dem Richterstuhl der Weltgeschichte die ganze Verantwortung.

Auf dem Felde der deutschen Mission in unseren Schutzgebieten stehen wir vor Trümmern. Der verheerende Einfluß der Übertragung des europäischen Krieges auf die Kolonien und die rassenschänderische Verwendung Farbiger auf den europäischen

Kriegsschauplätzen haben die koloniale Arbeit an den Eingeborenen ungeheuer erschwert. Das Prestige der Weißen ist erschüttert; ein Teil der Eingeborenen ist rückfällig und unbotmäßig geworden. Andererseits wäre der bewundernswerte Widerstand Deutsch-Ostafrikas undenkbar gewesen ohne die ausdauernde, musterhafte Treue der Eingeborenen. Sie darf nicht unbelohnt bleiben. Wo dagegen in anderen Gebieten die farbige Bevölkerung sich ernste Verfehlungen hat zuschulden kommen lassen, werden wir sie streng anfassen müssen, aber dabei nicht vergessen dürfen, daß viel vom Krieg hervorgerufenes Elend unter ihnen zu lindern sein wird.

Der englische Missionsbischof Weston von Zanzibar hat in einem Briefe an den englischen General Smuts eine unwahre Darstellung über die Eingeborenenverhältnisse im deutschen Ostafrika veröffentlicht mit der Absicht, eine englische Besitzergreifung als moralisch notwendig hinzustellen. Demgegenüber haben die deutschen Missionare mit erfreulicher Freimütigkeit ihr aus opfervoller Praxis stammendes Urteil in einer Eingabe an mich bekundet. Sie verschweigen nicht, was sie an der deutschen Verwaltung noch zu tadeln haben, besonders in bezug auf Arbeitszwang und Bestrafungen, aber sie geben trotzdem ein höchst wertvolles Zeugnis für die deutsche Fürsorge und Gerechtigkeit gegenüber allen Missionen, auch den englischen. Als die berufenen Vertreter der Lebenserhaltung der Neger sind sie für Wiederherstellung der deutschen Herrschaft, weil sie für Leib und Seele der Bevölkerung sorgt. Wir Deutschen aller Konfessionen wissen, was wir an unseren Missionaren haben. Wenn jetzt die Engländer die deutschen Missionen grundsätzlich aus Indien und anderen englischen Kolonien hinauswerfen, so

versündigen sie sich am Geiste des Christentums und schädigen alle diejenigen Gemeinden, die mit Hingabe ihres Daseins von deutschen Missionaren und Missionsschwestern gepflegt wurden. Wenn nun aber die Engländer nicht nur aus ihren Kolonien, sondern auch aus unseren bisherigen deutschen Kolonien unsere Missionare ausschalten wollen, wo soll dann überhaupt die deutsche Mission noch wirken? Soll die deutsche Christenheit überhaupt der Missionsmöglichkeit beraubt werden? Ist es möglich, einer christlichen Nation einen solchen Verzicht auf eine der allerersten und tiefsten Glaubenspflichten aufzuerlegen? Wenn England, die Heimat der Bibelgesellschaften und der Christianisierung der Welt, wenn England auch die Mission in den Kriegsdienst einstellen und die Mission für sich monopolisieren will, so ist das ein Eingriff in die geheiligten Rechte der Glaubensfreiheit überhaupt.

Die Missionen für ihr Teil beackern nun aber, so wichtig ihre Arbeit auch ist, doch nur ein Teilgebiet der großen Gesamtaufgabe, gemeinschaftliche Kulturarbeit in den Ländern niederer Rasse zu leisten, sie der Weltkultur und Weltwirtschaft in vollem Umfange zuzuführen und nutzbar zu machen. Diese Aufgabe ist viel zu groß, als daß einzelne oder private Vereinigungen sie bewältigen könnten. Denn sie umfaßt als erstes die Herstellung eines allgemeinen Landfriedens, ferner die verkehrstechnische Erschließung des Landes durch Hafenbauten, Eisenbahnen und Straßen, die Bekämpfung der Volksseuchen wie der Schlafkrankheit, der Pocken, des Aussatzes, denen die primitiven Völker hilflos gegenüberstehen und jährlich Tausende zum Opfer fallen, großzügige Sanierungen der Wohnplätze und die ärztliche Ver-

sorgung der Eingeborenen. Sie umfaßt weiter die Einrichtung von Schulen und schließlich die Förderung der Eingeborenen bei der wirtschaftlichen Ausnutzung des Bodens zum Zweck der eigenen Ernährung und der Gewinnung von Ausfuhrerzeugnissen, die ihnen die Mittel gewähren, die allmählich steigenden Bedürfnisse an Verbrauchsgütern zu befriedigen. Die Lösung dieser Aufgaben, über die weiterhin noch zu sprechen sein wird, kann den Eingeborenen nicht allein überlassen werden. Sie haben aber ein Selbstzweckrecht in dem Sinne, daß die Kolonialstaaten das wohlverstandene Eigeninteresse der Eingeborenen als Leitstern ihrer Tätigkeit in den Kolonien anerkennen. An der so umschriebenen Aufgabe mitzuarbeiten, ist nach unserer Auffassung Recht und Pflicht jeder Kulturnation. Wir Deutschen sind eine der führenden Kulturnationen und müssen deshalb verlangen, unseren angemessenen Anteil daran in Gestalt eines ausreichenden Kolonialreichs zu erhalten.

III. Kolonialpolitische Auseinandersetzungen.

1. Wider die Militarisierung Afrikas.

Daß Kolonien auf dem Schachbrett der hohen Politik wichtige Hilfsfiguren darstellen, ist eine leicht einzusehende, durch den großen Krieg überdies praktisch erwiesene Tatsache. Englands weltbeherrschende Stellung beruht nicht so sehr auf den Kräften des Mutterlandes und auf der vielgepriesenen Flotte als auf den in allen Erdteilen erworbenen Herrschaftsgebieten, zumal denjenigen, die durch ihre Lage eine Einwirkung auf fremde Interessen gestatten, die großen Weltverkehrsstraßen beherrschen oder

Kraftzentren anderer Staaten in Schach halten. Ich erinnere an die Kette von Flottenstützpunkten an den Seewegen nach Ost-asien, nach Südafrika, nach Nordamerika, an Zansibar und die Walfischbucht, die die Auswertung unserer Schutzgebiete als Machtfaktoren verhinderten. Wollen wir künftig zwischen den Riesenreichen England, Nordamerika, Japan nicht erdrückt wer-den, so müssen wir in Übersee ausgiebige Flächen zur Verfügung haben, die das von uns beherrschte Gebiet in Europa ergänzen. Jenen Reichen und ihren Vasallen wie Frankreich das koloniale Feld freiwillig oder gezwungen räumen, hieße auf die Mitbe-stimmung der Geschicke der Welt für die Zukunft verzichten oder doch mit einer nachgeordneten Rolle sich begnügen. Das dürfen und werden wir nicht. Auch unter diesem politischen Gesichts-punkte fordern wir vergrößerten Kolonialbesitz.

Neben der politischen Bedeutung steht die militärische Aus-nutzung der Kolonie für die Kriegführung des Mutterlandes. Ich komme damit zu der Frage, die unter dem Stichwort „Mili-tarisierung Afrikas" durch die Praxis unserer Gegner in den Vordergrund der Erörterungen gerückt ist. In der kolonialpoliti-schen Theorie ist die Ansicht, daß Kolonien dazu da seien, Soldaten zu liefern, schon früher verfochten worden. Daraus ein Leitmotiv ihrer Expansionspolitik gemacht zu haben, ist den Franzosen vor-behalten geblieben. Ihr westafrikanisches Reich haben sie in dem Gedanken zusammengebracht und verwaltet, daß es in dem er-warteten und vorbereiteten neuen Kriege mit Deutschland dem Mutterland den Ausgleich unseres durch die Zunahme der Be-völkerung bedingten Vorsprungs an Soldaten bringen sollte. Es wurde eine schwarze Armee geschaffen, die bald nach Kriegs-beginn gegen uns ins Feld gestellt werden konnte und ungeachtet

von Aufständen und sonstigen Schwierigkeiten durch Zwangsaushebungen immer wieder aufgefüllt worden ist. Im Laufe des Krieges sind auch andere französische Kolonien zur Stellung von Soldaten herangezogen worden.

Als Fürst Bismarck in den Jahren 1884 und folgenden die Gründung unseres Kolonialreiches anbahnte, fand er nur wenige Gebiete vor, die für einen Erwerb durch Deutschland in Betracht kamen. Unbekümmert um den Widerspruch Englands und nach Überwindung großer Schwierigkeiten gelang es ihm, den größten Teil des heutigen deutschen Kolonialreiches unter deutschen Schutz zu stellen. Die kolonialen Erwerbungen lagen aber über die Küsten Afrikas zerstreut ohne Zusammenhang miteinander und waren zum Teil ohne geeignete natürliche Grenzen. Fürst Bismarck war sich von vornherein bewußt, daß diese Gebiete sich in einem Krieg mit England an Ort und Stelle nicht verteidigen lassen würden. Sein Gedanke war, daß der Schutz der Kolonien durch Deutschlands Macht auf dem europäischen Kontinent zu erfolgen habe. Auch England gegenüber habe Deutschland bei richtiger Politik genügend Machtmittel in der Hand, um es von dem Versuch, die deutschen Kolonien an sich zu bringen, abzuhalten. Demgemäß ist es weder in der Zeit, als der eiserne Kanzler die Politik Deutschlands leitete, noch später jemals unternommen worden, die deutschen Schutzgebiete an Ort und Stelle mit einem solchen militärischen Schutze auszustatten, der sie vor einem Angriffe seitens Englands sichergestellt hätte. In Togo, Deutsch-Neuguinea und Samoa wurde überhaupt keine Schutztruppe eingerichtet. In den drei großen afrikanischen Kolonien Deutsch-Ostafrika, Deutsch-Südwestafrika und Kamerun wurden zwar Schutztruppen gebildet, ihre Größe aber wurde ausschließlich

nach dem Gesichtspunkte bemessen, daß sie zur Unterdrückung der Aufstände von Eingeborenen und zur Bekämpfung des Sklavenhandels ausreichen sollte. In den Reichstagsdebatten ist dieser Gesichtspunkt seitens der Reichsregierung wiederholt betont worden, der Reichstag hat ihm zugestimmt. Wenn daher in diesem Kriege, in dem Deutschland gegen eine ganze Welt in Waffen steht, die deutschen Schutzgebiete von überlegenen feindlichen Kräften erobert worden sind, so muß diese schmerzliche und beklagenswerte Tatsache hingenommen werden. Ein gegen englische Angriffe genügender militärischer Schutz an Ort und Stelle hätte in den deutschen Kolonien Kräfte des Mutterlandes festgelegt, die für unsere Verteidigung in Europa unentbehrlich waren.

Wir haben die koloniale Militarisierung vor dem Kriege nicht mitgemacht. Unsere geringfügigen Schutztruppen dienten nur der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Innern der Schutzgebiete. Wir sind auch gewillt, nach dem Kriege an dieser Politik festzuhalten, nicht aus Schwäche der Grundauffassung, sondern weil wir sie einzig und allein mit den Aufgaben der praktischen Kolonialpolitik für vereinbar halten. Ich habe mich schon wiederholt gegenüber englischen Verdächtigungsversuchen, die uns die Absicht andichten, Afrika in ein bewaffnetes Heerlager zum Zwecke der Eroberung der Nachbarländer zu verwandeln, mit aller Entschiedenheit in diesem Sinne ausgesprochen und werde an diesem Standpunkt festhalten. Den gegenteiligen Absichten der anderen Mächte, insbesondere der Franzosen, wird am besten durch eine das Gleichgewicht herstellende Verteilung Afrikas vorgebeugt, die die beiderseitigen Kräfte in den Kolonien im Ernstfalle bindet.

Deutschland hat auch niemals die uns angedichtete Absicht gehabt, Britisch-Südafrika anzugreifen. Im Gegenteil hat Deutschland stets die Auffassung vertreten, daß im Interesse des Ansehens der weißen Rasse ein europäischer Krieg nicht nach Afrika übertragen werden dürfe.

Daß die deutsche Regierung keine Angriffsabsichten auf Südafrika hatte und haben konnte, ergibt sich schon daraus, daß die Schutztruppe in Südwestafrika, die während des Eingeborenenaufstandes in den Jahren 1904/05 auf über 10 000 Mann gestiegen war, auf weniger als 2000 Mann vermindert worden ist. Hierüber war man in Britisch-Südafrika genau unterrichtet. In dem weit verbreiteten englischen Nachschlagewerk „The Statesman's Yearbook" wird in der Ausgabe für 1914 auf Seite 925 die richtige Stärke der in Südwest vorhandenen Soldaten und Polizisten angegeben. Bei meiner Begegnung mit dem Premierminister der Südafrikanischen Union, Botha, im Jahre 1912, fand ich ihn über die Stärke unserer Schutztruppen genau unterrichtet. Die betreffende Stelle aus unserer Unterhaltung lautet in meinem Tagebuch wie folgt:

„Botha kam dann auf die Eingeborenen in Südwest zu sprechen und auf eine mögliche Wiederholung des Aufstandes. Als ich in diesem Zusammenhange auf die von einem Teil unserer Volksvertretung gewünschte Verminderung der Schutztruppe kam, riet er dringend ab, im Interesse der Aufrechterhaltung der Ordnung unter die Zahl von 2000 als Stärke der Schutztruppe herunterzugehen. Auch er sei der Meinung, daß man Eingeborenen niemals trauen könne und immer auf der Hut sein müsse."

Deutsch-Südwestafrika hatte nach demselben Statesman's Yearbook im Jahre 1913 eine europäische Bevölkerung von ins-

gesamt 14 816 Köpfen. Demgegenüber hatte die Südafrikanische Union im gleichen Jahre eine europäische Bevölkerung von 1 278 713 Köpfen, also beinahe das Hundertfache. Deutsch-Südwestafrika besaß keine schwere und eine wenig zahlreiche sonstige Artillerie.

Die Behauptung, der Gouverneur von Südwestafrika habe mit Maritz vor Beginn des Krieges Verabredungen irgendwelcher Art getroffen, ist durchaus unrichtig. Unsere Gegner haben einen Beweis hierfür nicht einmal versucht.

Es ist unrichtig, daß die deutschen Truppen alsbald nach Ausbruch des Krieges bei Scuitdrift und bei Nakab-Süd englisches Gebiet angegriffen haben. Richtig ist vielmehr, daß englischerseits von einer bei Scuitdrift im Orangefluß liegenden Insel auf deutsches Gebiet hinübergeschossen wurde. Deutscherseits ist lediglich dieses Feuer erwidert worden. Der Angriff erfolgte von englischer, nicht von deutscher Seite. Der zweite Ort, Nakab-Süd, liegt überhaupt nicht auf englischem, sondern auf deutschem Gebiet!

Zum Beweise dafür, daß Nakab-Süd im englischen Gebiet liege und seine Besetzung eine Verletzung englischen Gebietes sei, hat die Regierung der Südafrikanischen Union am 9. September 1914 im Parlament in Kapstadt den Abgeordneten eine englische Karte vorgelegt, auf welcher der Platz Nakab-Süd auf englischem Gebiete eingetragen war. Eine Betrachtung dieser Karte, von der ein Originalstück in meinem Besitz ist, zeigt aber deutlich, daß Nakab-Süd ursprünglich auf deutschem Gebiet eingetragen war, daß diese Eintragung durch Rasur entfernt und die Rasurstelle nachträglich mit brauner Farbe überdruckt und der Ort Nakab-Süd auf engliches Gebiet verlegt ist.

Diese Fälschung, die sofort im Unions-Parlament festgestellt wurde, liefert vollen Beweis dafür, daß von einer Verletzung englischen Gebietes durch Besetzung von Nakab-Süd keine Rede sein kann.

Um die Abneigung der burischen Kreise Südafrikas gegen den geplanten Angriff auf Deutsch-Südwestafrika zu überwinden, hat die Regierung Bothas die Bevölkerung Südafrikas durch die wahrheitswidrige Behauptung deutscher Angriffsabsichten zur Aufnahme der Waffen zu bestimmen gesucht. Der wahre Sachverhalt ist aber inzwischen in weiten Kreisen Südafrikas bekannt geworden.

Der Tag der englischen Kriegserklärung war für unsere Kolonien ein dies ater. Unsere Kolonisten waren lange genug über See, um voraussehen zu können, aus welchen Arsenalen sich Großbritannien die Waffen nimmt, um unserer Kolonien Herr zu werden. Sie wußten, entfernt von der Heimat, daß sie auf den Schutz unserer Flotte nicht rechnen konnten. Sie wußten, daß sie auf den Schutz der kleinen bewaffneten Schar angewiesen waren, die lediglich für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung unter den Eingeborenen und zur Bekämpfung des Sklavenhandels bestimmt und bemessen war. Und doch haben sich alle draußen, alle ohne Ausnahme, Beamte, Schutztruppen und Ansiedler, bis über das Maß des Denkbaren hinaus gegenüber einer Übermacht von Feinden und von militärischen Machtmitteln gehalten. Ich nehme hierbei auch die Eingeborenen nicht aus; ich muß dieses Lob auch den Eingeborenen spenden. Treu haben sie sich um die deutsche Fahne geschart und todesmutig sind sie für unsere Sache in den Kampf gegangen. Das ist der beste Beweis, daß England es nicht nötig hat, die armen Eingeborenen vor

der „brutalen" Behandlung der deutschen Barbaren zu schützen und zu retten.

Der Fall von Südwestafrika, die Übergabe dieser großen Kolonie an die Feinde, war trotz der ehrenvollen Übergabe der schwerste Schlag, den die deutsche Kolonialverwaltung in diesem Kriege empfunden hat. Unsäglich sind die Leiden und Unbilden, die ein Teil unserer Landsleute draußen in den Kolonien als Gefangene in dem mörderischen Klima der Kolonie Dahomey und auf dem Transport von Afrika nach Europa erlitten hat und noch erleidet. Die unwürdige Behandlung der Weißen vor den Augen der Farbigen, die Mobilisierung der schwarzen Rasse gegen die weiße ist ein Schandfleck, den England nun und nimmer von sich abwaschen wird. England, die große Kolonialmacht, die als Beherrscherin von Millionen von farbigen Untertanen als vornehmstes Imponderabile ihrer Machtstellung den Satz vom Prestige des weißen Mannes aufgestellt hat, wird am eigenen Leibe spüren, was es bedeutet, die eigene Rasse zu beschimpfen, zu besudeln und buchstäblich mit Füßen zu treten. Das deutsche Volk hat in den 30 Jahren seiner Kolonialgeschichte, nach anfänglichem Widerstreben, mit erstaunlicher Schnelligkeit die Notwendigkeit kolonialer Betätigung erkannt. Von der Durchführung unserer Kolonialpolitik dürfen wir uns nicht abschrecken lassen; wir werden den schweren Schlag, der uns betroffen, mit dem unerschütterlichen Entschluß beantworten, weiter fortzufahren auf der von uns als richtig und notwendig erkannten Bahn.

Was aber die Militarisierung der Farbigen anbelangt, so wird die darin liegende Gefahr auch von unseren Feinden anerkannt. Aber mit der ihnen eigentümlichen Behendigkeit verdrehen sie den Tatbestand, beschuldigen uns der Vorbereitung des Ko-

lonialkrieges von langer Hand und malen zum Zwecke der Abschreckung fürchterliche Vergewaltigungen und Angriffe an die Wand, deren sich die Welt künftig von uns zu versehen hätte, wenn wir afrikanische Kolonialmacht bleiben würden und der preußische Militarismus sich in Afrika austoben dürfte. Das erste Instrument in diesem mißtönenden Konzerte spielte Sir Harry Johnston. Derselbe Sir Harry , der früher als Wortführer der Politik der offenen Tür auftrat. Im Manchester Guardian vom 4. Juli 1917 hat er sich auszuführen erkühnt: „Deutsche noch im Amt befindliche Minister haben indirekt noch deutlich genug gesagt, wenn sie Tropisch-Afrika wieder unter Kontrolle hätten, so würden sie daraus einen richtigen Sklavenstaat machen, in welchem Millionen Schwarzer zu Heloten des weißen Mannes gemacht und zu unbesiegbaren Armeen und unermüdlichen Arbeitern gedrillt werden sollten, um Deutschland zum Herrn der Hilfsquellen des schwarzen Erdteiles zu machen." Ich bin der einzige deutsche im Amt befindliche Minister, der über die Militarisierung Afrikas gesprochen hat, und ich habe genau das Gegenteil gesagt, nämlich, daß wir die Militarisierung der farbigen Stämme Afrikas nicht wollen! Das beste Mittel, der Militarisierung vorzubeugen, ist die erforderte Neuverteilung des Erdteils. Dadurch, daß sie einen Ausgleich der Machtverhältnisse an Stelle der bisherigen ungleichmäßigen Verteilung schafft, wird der einzelnen Kolonialmacht die Möglichkeit genommen, farbige Streitkräfte nach Europa zu überführen, ohne von der Entblößung eine Gefährdung der Kolonie durch den gleichstarken Nachbar befürchten zu brauchen. Das Interesse an der Aufstellung von eingeborenen Heereskörpern wird aber stark verringert werden, wenn mit ihrer Verwendung in Europa

oder sonst außer Landes nicht gerechnet werden kann. Bei unserer grundsätzlichen Haltung zu der ganzen Frage werden wir aber darüber hinaus jede vertragsmäßige Einschränkung der militärischen Rüstungen in Afrika fördern.

2. Deutsche und britische Kolonialmethoden.

Aus meiner Darlegung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Gründe, aus denen aktive Kolonialpolitik eine Lebensnotwendigkeit für unsere Nation geworden ist, wird ersichtlich, wie ich die Aufgabe verstehe, die die Kolonialverwaltung draußen zu erfüllen hat. Wir lehnen eine Politik der Ausbeutung von Land und Volk, die nur das einseitige gegenwärtige Interesse des Mutterlandes im Auge hat, ab. Unser Ziel ist die Hebung der sittlichen, intellektuellen und materiellen Lage der Eingeborenen und die Nutzbarmachung der wirtschaftlichen Kräfte für die Bedürfnisse der Kulturmenschheit nach vernünftigen, stets den Ausgleich zwischen den beiderseitigen Interessen suchenden Grundsätzen. Also keine Militarisierung, keine Zwangsarbeit, keine Bedrückung, kein Gewaltmißbrauch, sondern Schulen, Ärzte, Erziehung zur Arbeit, Förderung des Landbaus, dazu Eisenbahnen, Wege zur Aufschließung des Landes! Diese Grundsätze sind nicht neu. Sie gaben schon vor dem Kriege die Richtlinien für die Eingeborenenbehandlung in unseren Schutzgebieten. Der Erfolg war die Haltung der Eingeborenen im Kriege: sie haben treu zu unserer Sache gestanden, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen. Wenn trotzdem die skrupellose feindliche Propaganda es fertig bringt, teils unter Verwertung einzelner Vorfälle aus unseren kolonialen Lehrjahren, wie sie

in mindestens gleicher Reichhaltigkeit auch die Kolonialgeschichte der Engländer, Franzosen, Portugiesen und Belgier aufzuweisen hat, teils durch erdichtete Greuel und uns feindselige Äußerungen von Eingeborenen der Welt vorzureden, daß wir ein schamloses Gewaltregiment, das Recht und Gerechtigkeit mit Füßen getreten habe, in den uns zugefallenen überseeischen Besitzungen geführt hätten, so steht dieses auf die Unkenntnis und Leichtgläubigkeit berechnete Vorgehen im klaffenden Gegensatze zur Wahrheit und zu zahlreichen, unsere Arbeit rückhaltlos anerkennenden Stimmen von Sachverständigen aus dem jetzt feindlichen Lager. Der Strom dieser Verleumdungen, deren Zweck nur allzu durchsichtig ist, flutet so breit und ungehemmt durch die Länder unserer Feinde, daß vereinzelte Stimmen, die der Wahrheit die Ehre geben, wie z. B. das im vorigen Jahre geschriebene Buch des Amerikaners Gibbons „The New Map of Africa" wie eine Überraschung wirken. Gegen diesen Feldzug mit Mitteln der Aufklärung bei den feindlichen und neutralen Völkern anzukämpfen, erweist sich leider als überaus schwer durchführbar.

Gerade jene Interessentengruppen in England, die am allerleidenschaftlichsten den Ausbeutestandpunkt vertreten, sind rastlos an der Arbeit gewesen, um einen Verleumdungsfeldzug gegen uns zu organisieren und die philantropische Phrase, hier und da auch ehrliche philantropische Gesinnung, in ihren Dienst zu stellen.

All das, was die Engländer in jahrelangem Pressekampf gegen die ihnen jetzt verbündeten Belgier, und zwar damals mit Recht vorgebracht haben, die Greueltaten, die man Leopold von Belgien und seiner Kongoregierung vorwarf, all das wird in vermehrter Auflage jetzt gegen uns verwandt und verarbeitet! Wie viele englische, französische und sogar auch belgische Federn haben nicht

das Thema variiert, die Kulturnationen könnten es vor ihrem Gewissen nicht verantworten, daß die Deutschen, die in den alten Kolonien eine brutale Politik der Ausrottung und Ausbeutung gegenüber den Eingeborenen getrieben hätten, die Gelegenheit wiederfänden, ihre scheußlichen Kolonisationsmethoden praktisch zu betätigen! Die Schriften der Kongo-Liga mit neuem Titel und in neuem Einband! So wenig originell diese Anschuldigungen sind, so wenig sind sie begründet; ihre Urheber verbreiten sie, soweit sie unsere koloniale Arbeit kennen, bewußt wahrheitswidrig. Wir brauchen den Vergleich mit irgendeinem anderen Kolonialstaat, England eingeschlossen, in der Tat nicht zu scheuen, und dürfen die Kritik der Feinde und die daran geknüpften Folgerungen mit aller Entschiedenheit zurückweisen.

Wir haben wahrhaftig keine Neigung zu Greuelpropaganda, wir haben uns lange genug vielleicht allzu spröde geweigert, mit unserem Anklagematerial herauszukommen, um nicht mitschuldig zu werden an der entsetzlichen Völkerverhetzung. Heute aber stehe ich nicht an zu erklären, und ich werde für diese Erklärung den Beweis bringen: Sollte Englands Gesinnung und Praxis in den Kolonien während des Krieges als Kriterium herangezogen werden für sein Recht, noch weiter die Vormundschaft über farbige Völkerschaften zu führen — wohlgemerkt, ich erkenne dieses Kriterium nicht an —, so wäre im Namen der Menschheit zu fordern, daß England seine sämtlichen Kolonien herausgibt und unter internationale Kontrolle stellt! Meine Anklage ruht auf unangreifbarem Grunde. Ich führe nur das an, was englische Untersuchungen selbst festgestellt haben und was als Grundsatz der neuen englischen Kolonialpolitik aus den amtlichen Handlungen während des Krieges selbst hervorgeht.

Ich erwähne einen Bericht des Gouverneurs von Ceylon, aus dem der Manchester Guardian vom 2. 11. 1917 einen kurzen Auszug veröffentlicht über die Maßnahmen der englischen Lokalbehörden zur Unterdrückung der Unruhen in Ceylon im Frühling 1915. In Wahrheit aus religiösen Streitigkeiten zwischen Maoris und Singhalesen entstanden, wurden diese Unruhen als Aufruhr gegen die britische Herrschaft umgefälscht und ein erbarmungsloses Strafgericht wurde ins Werk gesetzt. Nachdem längst alles beruhigt war, wurden Singhalesen ohne irgendeine Art von Verhör erschossen. In keinem der untersuchten Fälle von Hinrichtung konnte selbst auf Grundlage des Kriegsrechtes eine gesetzliche Berechtigung festgestellt werden. Strafexpeditionen zogen im Lande umher, überfielen kleine Ortschaften und wüteten willkürlich unter der Bevölkerung, derart, daß der amtliche Bericht selbst erklärt, der Regierungskommissar schiene seinen Auftrag so aufgefaßt zu haben, daß er die Lynchjustiz in seinem Gebiete einführen und sich mit seiner Patrouille so betragen dürfe, wie man es in Schauerromanen aus dem wilden Westen zu lesen pflege. Das Bezeichnende an der ganzen Sache ist, daß die amtlichen Leiter dieser Menschenschlächtereien keinerlei Bestrafung außer der Enthebung aus ihrer Tätigkeit als Friedensrichter erlitten haben, trotz ihres „ekelhaften und abscheuerregenden Betragens", wie der Bericht es nennt. Das also, fragt „Manchester Guardian", solle das Wort jener berühmten Gerechtigkeit sein, auf der angeblich das Britische Reich begründet sei, und fährt dann fort: „Wenn so große Ungerechtigkeiten geschehen konnten, so ist vernunftgemäß anzunehmen, daß in kleinem Maßstabe viele andere begangen worden sind."

Für den Fall, daß die englische Regierung sich auf den Stand-

punkt stellen sollte, das Selbstbestimmungsrecht der Eingeborenen in den deutschen Kolonien zu fordern, habe ich schon im Reichstag die Gegenforderung angemeldet, eine Volksabstimmung in Ceylon über den Fortbestand der englischen Herrschaft zu veranstalten. Über das Ergebnis bin ich so sicher wie über den Ausfall eines Referendums in Ostindien und in Singapore, wo während des Krieges auch ein furchtbares Blutregiment an der Arbeit war. Daß wir es hier nicht mit Einzelerscheinungen zu tun haben, sondern daß eine grundsätzliche Wandlung in Englands Auffassung seiner kolonisatorischen Pflichten und Methoden gegenüber Farbigen und Weißen vorliegt, beweisen grundlegende Beschlüsse, die in Westminster gefaßt worden sind.

Die Engländer legten ehedem und, wie ich glaube, mit Recht, noch einen zweiten Prüfstein an das moralische Recht einer Nation, Kolonialmacht zu sein, das war die Auffassung von der Stellung des Weißen gegenüber dem Eingeborenen und von den Pflichten gegenüber den weißen Schwesternationen. Auch diese Probe fällt für das heutige England moralisch vernichtend aus. Mit einem Zynismus ohnegleichen wurde das Ansehen der weißen Rasse in Afrika preisgegeben und damit alle Grundlagen des europäischen Missions- und Erzieherberufs untergraben. Ich erinnere an die Auspeitschung von Deutschen vor Schwarzen und durch Schwarze und an die Austreibung unserer Missionen, die sich oft unter raffinierter Grausamkeit und Demütigung vollzog. Auch hier wiederum keine Einzelvergehen minderwertiger Personen, die ohne Aufsicht handeln, sondern die methodische Aus-

führung einer Kriegspolitik, mit dem Endzweck, auch nach dem Kriege zu wirken.

Zu demselben Endzweck wurde eine dritte Grundlage der zivilisierten Kolonialpolitik zerstört, eine Grundlage, die früher England als notwendig erachtet hatte, um das Wesen der Kolonialmacht moralisch zu rechtfertigen. Sir Harry Johnston schrieb vor dem Kriege:

„Nur, weil die britische Handelspolitik bisher so prächtig fair und frei gewesen ist aller Welt gegenüber in allen britischen Besitzungen, hat die übrige Welt ohne ungebührliches Murren erlaubt, daß eine Bevölkerung von nur einigen 40 Millionen in Nordwesteuropa sich die Beherrschung der besten Teile Afrikas, Asiens, Australiens und Amerikas angemaßt hat. Aber eine Umkehrung dieser Politik würde meiner Meinung nach gelegentlich all die anderen großen handeltreibenden Mächte der Welt zu einer Liga gegen uns vereinigen."

So weit ist es jetzt gekommen! Die britische Handelspolitik hat sich in der Tat umgekehrt. Bisher galt die englische Oberhoheit in einem überseeischen Gebiete auf der ganzen Welt als Garantie für die Rechtssicherheit der Person und des Eigentums. Besonders der deutsche Kaufmann steckte seinen Fleiß, seine Intelligenz und sein Kapital fast ebensogern in Kolonialunternehmungen auf englischem Hoheitsgebiet wie auf deutschem, im Vertrauen auf Englands Kaufmannsehre und auf die Billigkeit seiner Rechtsprechung. Noch zu Anfang des Krieges war mancher unserer Kaufleute bereit, zu schwören, daß sein Vermögen während des Krieges in Englands Schutz sicher aufbewahrt wäre. Es ist anders gekommen! Der deutsche Kaufmann, die ganze Welt hat in diesem Punkt gewaltig umlernen müssen.

Die Liquidationen des deutschen Besitzes in den Kolonien Englands sind mit unerhörter Rücksichtslosigkeit unter Vernichtung großer Werte vor sich gegangen: die Ausnutzung des „Trading with the Enemy"-Gesetzes, um sich geschäftlichen Verpflichtungen zu entziehen, die Vernichtung von Geschäftsbüchern nach gründlicher Durchstöberung zum Zwecke des Aufspürens von Geschäftsgeheimnissen, alles unter der Maske einer behördlichen Aufsichtsführung, das hat gezeigt, wie die Regierung, die heute in England an der Macht ist, diesen Krieg in der Tat zur Vernichtung des deutschen Handels führt. Lloyd George hat es in seiner großen Offenherzigkeit selbst eingestanden.

3. Deutsche Antwort auf englische Anklagen.

Das erklärte Ziel der englischen Regierung ist, dem deutschen Volke sein Recht auf friedliche Entwicklung zu verkümmern. England beabsichtigt, Deutschlands Kolonien zu annektieren. Anfangs hatte England gezögert, sich auf diesen Punkt festzulegen. Vielleicht mit Rücksicht auf Amerika, wo man es für nötig hielt, zur Erleichterung der englischen Propaganda die absolute Uneigennützigkeit der englischen Kriegsziele zu betonen. Klarheit über die Ziele der englischen Regierung schuf insbesondere die Rede von Lord Robert Cecil, die er am 16. 5. 1917 im Unterhause gehalten hat, als er dazu aufgefordert wurde, sich zum Programm der russischen Regierung „Friede ohne Annexion" zu äußern. Ich habe mich mit dieser Rede am 7. 6. 1917 in Leipzig auseinandergesetzt und lasse die wesentlichen Punkte aus meiner dort gehaltenen Rede hier noch einmal im Zusammenhang folgen: Lord Robert Cecil sagte wörtlich:

„Wir haben fortdauernd erklärt, daß wir in diesen Krieg eingetreten sind ohne einen Plan ‚imperialistischer Eroberung und Vergrößerung'. Ein solcher Plan bestand im Geiste keines britischen Bürgers (Beifall) — und ich glaube nicht, daß im letzten Stadium des Krieges irgendwer etwas Derartiges wünscht."

Die Botschaft höre ich wohl, aber glaubt man, daß es einen englischen Imperialisten gibt, der nicht z. B. die Lostrennung Arabiens, Syriens und Palästinas vom türkischen Reiche wünschte? Das weiß Lord Robert Cecil ganz genau, und da er Imperialist und Engländer ist, wünscht er es auch! Wie soll dieser Wunsch aber in Einklang gebracht werden mit der Erklärung, daß England in diesen Krieg eingetreten ist ohne den Plan imperialistischer Eroberung und Vergrößerung? Wie soll und kann der Wunsch nach Abtrennung dieser großen türkischen Provinzen und nach Annexionen überhaupt erfüllt werden angesichts der Proklamation Rußlands „Keine Annexion"? Nichts leichter als dies! Hören wir Lord Robert Cecil selbst:

„Nehmen Sie Arabien! Arabien hat seine Unabhängigkeit von der Türkei erklärt. Ich weiß nicht, ob das auf eine Gebietsannexion herauskommen würde. (Zuruf: Das ist Unabhängigkeit!) Kein Mensch würde vorschlagen, daß wir unsere Macht des Einflusses anwenden sollten, um Arabien wieder unter die türkische Herrschaft zu bringen. Nehmen Sie Armenien. Ich weiß nicht, ob man sich schon klarmacht, was Armenien wirklich bedeutet und was für Verbrechen an Armenien begangen worden sind ... Die imperialistische Annexion würde ein Segen für ein Volk sein, das solche Verbrechen erduldet hat! (Beifall.) Nehmen Sie die Fälle von Syrien und Palästina. Obwohl in Syrien die Zahlen nicht so hoch sind, hat dort dem Wesen nach

das gleiche stattgefunden. Ich gestehe, daß ich zögere, gegen Annexionen zu sprechen, wenn damit gesagt werden soll, daß kein Gebiet, das während des Krieges mit Gewalt genommen worden ist, seinen ursprünglichen Besitzern nicht zurückgegeben werden soll. Soll das die Meinung sein, dann bin ich sicherlich außerstande, die Politik ‚Keine Annexionen' anzunehmen."

Auf diese Art und Weise wird plausibel gemacht, warum die Annexion der Landstriche, die England als strategische Bollwerke haben will, keine Annexion ist, sondern ein gottgefälliges Werk! Die Errichtung englischer Bollwerke ist immer Gott wohlgefällig! Die Liste der zu befreienden und zu annektierenden Länder ist aber mit den drei türkischen Provinzen nicht erschöpft. Lord Robert Cecil will auch beweisen, daß die Annexion der deutschen Kolonien ebenfalls eine Tat selbstloser Weltbeglückung ist. Es wird interessieren, wie er diesen Beweis zu führen sucht, und zwar gelingt ihm dies, aus dem Beifalle seiner Hörer zu schließen — nach englischer Auffassung in überzeugender Weise:

„Ich sage nicht, daß wir die deutschen afrikanischen Kolonien angegriffen haben um die Eingeborenen von deutscher Mißregierung zu erretten. Wir haben es als Teil des Krieges gegen Deutschland getan. Ich sage nicht, daß es unter irgendwelchen Umständen richtig gewesen wäre, Krieg zu machen, um die afrikanische Bevölkerung von der deutschen Mißregierung zu erretten. Aber — da wir sie einmal errettet haben — sollen wir sie zurückgeben? Das ist eine ganz andere Frage, die einer sorgfältigen Erwägung bedarf."

„... Wenn wir in irgendeinem Grade erfolgreich sind, dann, gestehe ich, würde ich mit Schaudern den Gedanken betrachten, Eingeborene zurückzuerstatten, die von einer derartigen Regierung befreit worden waren."

Ich stelle nun neben Lord Robert Cecils Worte das politische Glaubensbekenntnis eines anderen Engländers:

„Jeder Engländer kommt mit einem wunderbaren Talisman zur Welt, der ihn zum Herrn der Erde macht. Wenn der Engländer etwas will, gesteht er sich nie ein, daß er es will. Er wartet geduldig, bis in ihm — Gott weiß wie — die tiefe Überzeugung erwacht, daß es seine moralische und religiöse Pflicht sei, diejenigen zu unterwerfen, die das haben, was er will. Er ist nie in Verlegenheit um eine wirksame moralische Pose. Als großer Vorkämpfer der Freiheit und der nationalen Unabhängigkeit erobert er die halbe Welt, ergreift Besitz von ihr und nennt das ‚Kolonisation'. Wenn er einen neuen Markt für seine schlechten Manchesterwaren braucht, schickt er Missionare aus, die den Wilden das Evangelium verkünden müssen. Die Wilden töten den Missionar; nun eilt er zu den Waffen, zur Verteidigung des Christentums, kämpft und siegt für seinen Glauben und nimmt als göttliche Belohnung den Markt in Besitz. Er führt Krieg aus patriotischem Grundsatz, er macht freie Völker zu Sklaven aus imperialistischem Grundsatz. Seine Losung ist dabei immer nur seine ‚Pflicht'. Und er vergißt nie, daß die Nation verloren ist, die ihre Pflicht dort sucht, wo nicht ihr Vorteil zu finden ist."

Das sagt freilich kein wirklicher englischer Politiker, sondern das sagt ein Held aus einem Stück von Bernhard Shaw! Bernhard Shaw bewußt, Lord Robert Cecil unfreiwillig — verraten beide das Leitmotiv der englischen Politik, den primitiven Raubinstinkt vor der Welt und vor dem Gewissen des eigenen Volkes nicht nur zu rechtfertigen, sondern zu pflichtfertigen.

Ich leugne nicht, es hat in der Geschichte Augenblicke gegeben,

und ich kann mir wieder solche denken, wo Eroberer das Recht haben, sich als Befreier unterdrückter Völker auszugeben und wo ehrliche und starke philanthropische Kräfte hinter diesem Anspruch stehen. Aber bei der Eroberung der afrikanischen deutschen Kolonien ist die Befreiergeste eine Heuchelei, die sich nicht einmal die Mühe nimmt, anständig verschleiert aufzutreten. Es wäre unsererseits pharisäisch und undeutsch, wollten wir leugnen, daß wir — wie jedes Volk in den Anfängen seiner Kolonialpolitik — Fehler gemacht haben. Auch wir haben Mißerfolge gehabt, haben auf dem schwierigen Gebiet der Behandlung der Eingeborenen geirrt. Aber unsere Sündenliste ist bei weitem nicht so lang und so schwarz wie die englische. Und jeder koloniale Sachverständige weiß, daß mit dem Amtsantritt des Staatssekretärs Dernburg die deutsche Kolonialpolitik den ehrlichen Weg der Reform gegangen ist. Wie hätte sich Ostafrika jahrelang verteidigen können, wenn die Neger nicht treu zu uns gehalten hätten? Sie waren treu, weil wir sie gerecht und human behandelt haben. Nur da, wo der Einfluß einer auf mißverstandener Humanität aufgebauten Eingeborenenpolitik, wie in Britisch-Westafrika, sich geltend gemacht und auf unsere Neger ansteckend gewirkt hat, an der Küste Kameruns, sind Verrätereien vorgekommen.

Woher hat Lord Robert Cecil seine Informationen über die deutsche Kolonialpolitik? Hat er sich bei kolonialen englischen Sachverständigen erkundigt, oder bezieht er seine Informationen ausschließlich von dem Greuelbureau, das ihm auch das Märchen von der deutschen Leichenverwertungsanstalt zur Verfügung gestellt hat? Nach diesem Glanzstück sollte er eigentlich etwas skeptisch gegen diese Informationsquelle sein. Hat aber Lord

Cecil ehrliche englische Kenner kolonialer Verhältnisse gefragt, so sagt er mit Bewußtsein die Unwahrheit.

Ich habe oft mit Gouverneuren der afrikanischen Kolonien, auch der englischen, vor dem Kriege das Thema der Eingeborenen-behandlung besprochen. Ich weiß, wie sie über die deutsche Eingeborenenpolitik denken, ich will die Herren nicht nennen, denn die deutsche Anerkennung könnte sie in den Verdacht des Hochverrats bringen, wohin das deutsche Blut schon manchen englischen Patrioten gebracht hat. Dieses eine aber will ich sagen: Es herrschte unter uns volle Übereinstimmung, daß die Voraus-setzung für eine gesunde Eingeborenenpolitik in Afrika die Aufrecht-erhaltung eines Solidaritätsgefühls und eines solidaren Auf-tretens der weißen Rasse ist!

Diese Voraussetzung ist durch Englands Kriegspolitik ver-nichtet worden: Ich verfüge über Beweise, daß sich manchem englischen Gouverneur das Herz im Leibe ebenso umgedreht hat wie mir, als sie auf Befehl Londons die Farbigen gegen die Weißen hetzen mußten und machtlos waren, als die englischen Militärs deutsche Gefangene von Farbigen auspeitschen ließen: Englands Eingeborenenpolitik im Kriege ist nicht nur eine Schändung des Ansehens der weißen Rasse, sondern auch ein ver-hängnisvolles Unrecht gegen die schwarze Rasse. Um so schwerer und gewissenloser ist dieses Verbrechen, weil gerade das rassen-stolze Britannien dafür verantwortlich ist. Da haben wir die Freiheit, die das England Lord Robert Cecils den aus deutscher Knechtschaft erlösten Negern bringen will, nämlich die Freiheit, sich für England im Kampfe gegen Weiße totschlagen zu lassen.

Ich wende mich jetzt zu einer zweiten Proklamierung der kolonialen Kriegsziele, einer Rede des burischen Staatsmannes

Smuts. Er spricht in einem anderen Tone zum Feinde als Lord Robert Cecil. Das hat seinen guten Grund. Smuts kann es sich leisten, ohne Beschimpfungen zu reden, er hat nicht wie der Blockademinister bloß mit den Werkzeugen und Waffen des Hungers und der Verleumdung gegen Deutschland gekämpft. Er hat im Felde gegen uns gestanden. Hostis est non inimicus!

Aber der Imperialismus des Buren ist womöglich noch weltumspannender als der Imperialismus des Engländers. Seine Worte klingen wie eine Paraphrase des Ausspruches von Sir Charles Dilke: „The world is rapidly becoming English.“ (Die Welt wird im Sturmschritt englisch.) Allerdings mag mancher Engländer aus General Smuts auch herausgehört haben: „Great Britain is rapidly becoming unenglish.“ (Großbritannien wird im Sturmschritt unenglisch.)

Der mir zugängliche Bericht läßt nicht klar erkennen, wie sich Smuts im einzelnen die künftige Gestaltung Afrikas denkt. Aber wenn seine Rede korrekt wiedergegeben ist, so scheint auch er von einer kolonialen Zukunft Deutschlands nichts wissen zu wollen. So unvereinbar auch Smuts' koloniale Ziele mit unseren berechtigten Ansprüchen sein mögen, so stellt er doch Grundsätze der Kolonialpolitik auf, die jeder gewissenhafte Kolonisator billigen muß, Grundsätze, die allerdings in einem seltsamen Widerspruch zu seinen eigenen Schlußfolgerungen zu stehen scheinen.

General Smuts fordert die Sicherheit der Verbindungen. Die fordern wir auch, die Frage ist nur, ob Smuts eine Sicherstellung im Auge hat, die allen seefahrenden und handeltreibenden Völkern zugute kommt, oder ob er mit diesem Worte den Engländern nur jenen Rat geben will, den Bolingbroke in

der Komödie „John Bull" seinen Landsleuten folgendermaßen deutlich macht:

„Pflanzt an allen Küsten aller Meere, auf jede Nase, die zu spitz ins Meer ragt, einen Pfahl und sagt: Hier ist Englands Grenze, bis auch kein Dünenhase mehr daran zweifelt, daß wo in aller Welt etwas Meer, See, Kanal, Gewässer, Nehrung, Sund, Fjord, Haff, kurz Wasser nennt, es sich um britisches Besitztum handelt. Denn als am dritten Schöpfungstage Gott sprach: es sammele sich das Wasser unter dem Himmel an bestimmte Örter, und weiter: die Sammlung der Wasser aber nannte er Meer — da schuf Gott Großbritannien!"

Ich habe von meinem kolonialen Standpunkte aus die Freiheit der Meere immer als deutsches Kriegsziel gefordert. Allerdings verstehe ich darunter etwas anderes als der erste englische Seelord. Wenn Sir Edward Carson in seiner Rede auf dem Bankett des Flottenvereins am 17. 5. 1917 die Freiheit der Meere als englisches Kriegsziel fordert, so versteht e r darunter lediglich die Möglichkeit für Großbritannien, die englische Seemacht in jedem Kriege uneingeschränkt zu mißbrauchen, unter amerikanischer Garantie permanenter Straflosigkeit.

General Smuts fordert dann weiter, die Ausbildung schwarzer Armeen zu verhindern. Wen trifft diese Anklage? Uns, die wir den Kongovertrag halten wollten und immer für den Frieden Afrikas eingetreten sind? Oder die Engländer, Franzosen und Belgier, die Tausende von Farbigen aller Schattierungen auf die europäischen Schlachtfelder entsandt haben und die, wie die Franzosen, die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht unter den Eingeborenen planen?

Merkwürdigerweise erwähnt General Smuts mit keinem Wort

die Militarisierungspläne in Afrika, die die Entente seit Beginn des Krieges in die Tat umsetzt, sondern wendet sich in diesem Zusammenhange nur gegen die Errichtung eines afrikanischen deutschen Kolonialreichs, mit der Begründung, Deutschland plante mit dort zu bildenden schwarzen Armeen den afrikanischen und europäischen Frieden zu bedrohen.

Es ist längst kein Geheimnis mehr, auch in England nicht, daß wir bereits vor dem Kriege den Plan hatten, auf dem Wege friedlicher Vereinbarung zu einer Zusammenfassung unseres afrikanischen Besitzes zu gelangen. Aber nichts würde uns eine bessere Bürgschaft für die Sicherheit eines solchen Besitzes geben als die Durchsetzung der Smutsschen Forderung, die Militarisierung der Eingeborenen zu verbieten. Allerdings können wir uns nicht mit der Vernichtung des Militarismus in Afrika in der Form befreunden, daß der deutsche Kolonialbesitz wehrlos sein soll, während die Entente ihren Kolonien die allgemeine Wehrpflicht aufzwingt.

General Smuts faßt sein Programm der Eingeborenenpolitik in die Worte zusammen:

„Nur Fair Play, Gerechtigkeit und die gewöhnlichen christlichen Tugenden dürfen die Grundlage aller unserer Beziehungen zu der schwarzen Bevölkerung bilden."

Das ist auch unser Ziel. Ich darf an das S. 43 ausgesprochene Wort erinnern: Kolonisieren heißt missionieren, und zwar missionieren in dem Sinne der Erziehung, nicht der Erziehung zur europäischen Bildung, sondern zu einer Kultur, die in der Heimat der Eingeborenen Wurzel fassen kann und ihrem Charakter und Verstande angepaßt ist.

Ich sage nicht, daß wir dieses Ziel schon erreicht haben, aber

wir waren auf dem rechten Wege dahin und haben den Willen, diesen Weg wieder zu gehen und weiter zu gehen.

Ein Jahr nach meiner Auseinandersetzung mit Lord Robert Cecil und General Smuts nahm ich in der Deutschen Gesellschaft 1914, bei deren Einweihung ich Gedanken des Weltgewissens Raum gegeben, Gelegenheit, auf neuerliche Auslassungen Balfours gegen unsere Welt- und Kolonialpolitik einzugehen. Aus dieser meiner Rede vom 20. 8. 1918 möchte ich gleichfalls die kolonialpolitischen Bemerkungen wörtlich folgen lassen:

„Der Krieg stellt übermenschliche Anforderungen an die Vorstellungsfähigkeit des einzelnen. Die große Kraftprobe an den europäischen Fronten, das Kämpfen und Leiden unserer Volksgenossen, so nahe von uns, nimmt die ganze Aufmerksamkeit der Nation für sich in Anspruch. Darüber mochte wohl das Schicksal unserer Kolonien etwas in den Hintergrund treten; ja selbst das Schicksal derjenigen, die schon über vier Jahre lang einen verlorenen Posten mit seltenem Wagemut, mit beispielloser Erfindungskraft und Leidensfähigkeit verteidigten, lief Gefahr, ich will nicht sagen, unserem Herzen, wohl aber unserem Bewußtsein ferner zu rücken, als es die Gerechtigkeit verlangt. Da hat sich die Presse als ein wahrhafter Volkserzieher bewährt und das koloniale Gewissen des deutschen Volkes geschärft.

Ich darf es heute aussprechen, daß die Sicherstellung unserer kolonialen Zukunft nicht allein als das Ziel unserer Regierung und bestimmter Interessengruppen gilt, sondern, daß es ein deutsches Volksziel geworden ist. Bis tief in die Arbeiterkreise hinein ist heute das Bewußtsein lebendig, daß die Erhaltung unseres kolonialen Besitzes eine Ehren- und Lebensfrage für Deutschland als Großmacht ist, daß das koloniale Kriegs-

ziel an nationaler Bedeutung keinem anderen Kriegsziel nachsteht.

Diese Einigkeit ist besonders wohltuend angesichts der Pläne unserer Feinde, die in den letzten Tagen so deutlich enthüllt worden sind wie nie zuvor.

Es liegt heute eine der bedeutsamsten Äußerungen der englischen Politik vor, die Rede des Herrn Balfour im Unterhaus. Der Staatssekretär des Auswärtigen meldet in aller Form Englands Anspruch auf die Annexion unserer Kolonien an und zögert nicht, diesen Anspruch moralisch zu begründen. Das ist nun einmal notwendig in England! Zu diesem Zweck beschäftigt er sich nicht allein mit unserer kolonialen Methode, sondern geht mit vollen Segeln in die große Politik, unternimmt einen moralisierenden Weltspaziergang und verkündet am Schluß die englische Glaubenslehre, die darauf hinausläuft, das Recht Englands auf Weltherrschaft als etwas Selbstverständliches hinzustellen, Deutschlands Anspruch aber, eine Großmacht zu sein, moralisch zu vernichten.

Balfours Anklage gegen Deutschland verlangt eine Antwort. Dazu schweigen, hieße die Mitschuld an der Verunglimpfung unseres Vaterlandes auf sich laden. Ich will mich daher mit den einzelnen Punkten der Rede des Herrn Balfour, soweit sie im telegraphischen Auszug wiedergegeben sind, auseinandersetzen.

Balfour behauptet, das intellektuelle Deutschland sei von einer unmoralischen Gewaltlehre beherrscht.

Hüben und drüben gibt es Chauvinisten und Jingos. Hüben und drüben gibt es Leute, die das Ewig-Gestrige anbeten und mit Angst und Unverstand den herannahenden Morgen einer neuen Zeit erwarten. Vor dem Kriege bildeten diese Leute bei uns eine

kleine Gruppe, ohne Geltung in der Politik und ohne Einfluß auf die Regierung, die sie dauernd bekämpften. Während des Krieges ist ihre Zahl in der Tat gewachsen, nicht etwa, weil das Streben nach deutscher Vorherrschaft in der Welt bei uns tiefer Wurzel geschlagen hätte, sondern weil sie Zuzug bekamen aus weiten Kreisen besonnener und besorgter Patrioten. Unter ihnen sind viele, die vor dem Kriege die Ideale der Völkerverständigung, des guten Willens und des Fair play in den internationalen Beziehungen hochhielten, deren politische Glaubenslehre aber durch die Erfahrungen des Krieges zusammengebrochen ist. Wer trägt die Schuld? Niemand anders als die Gesinnung unserer Feinde. Dieselbe Gesinnung, die den großen Gedanken des Völkerbundes durch die gleichzeitige Forderung des Handelskrieges gegen Deutschland entwertet und zu einer Spottgeburt gemacht hat. ‚Können wir euch nicht militärisch vernichten, so vernichten wir euch durch den Völkerbund!‘ Wenn ich glaubte, daß die Gesinnung, die heute England zu regieren scheint, die aus der Rede Balfours deutlich spricht, oder die Gesinnung, die uns in dem Prozeß des Pemberton Billing entgegentritt — wenn ich glauben müßte, daß diese Gesinnung für alle Ewigkeit die Oberhand in England hätte, dann würde auch ich dafür eintreten, daß der Kampf auf Leben und Tod ausgefochten werden muß. Ich bin aber der festen Überzeugung, daß vor Kriegsende überall eine geistige Auflehnung gegen diese Knock-out-Gesinnung kommen muß und kommen wird. Sonst bleibt die Verwirklichung der Völkerliga ein utopisches Kriegsziel ...

Ich komme nun zu dem, was Balfour über die Kolonien sagt, und zitiere ihn wörtlich:

‚Wir haben unser Gebiet ausgedehnt, wir haben Deutschlands

Kolonien genommen, und ich glaube nicht, daß jemand, der deutsche koloniale Methode wirklich studiert hat, überrascht wird, wenn wir sagen, daß die Besserung groß ist.'

Dann fährt er fort:

‚Soll man Deutschland die Kolonien zurückgeben und dadurch Deutschland Unterseebasen auf allen großen Handelsstraßen der Welt und dadurch den Welthandel zu Deutschlands Verfügung stellen? Deutsche Herrschaft in den Kolonien würde tyrannische Herrschaft über die Eingeborenen bedeuten und die Aufstellung großer schwarzer Armeen in Zentralafrika.'

Das heißt mit anderen Worten: England erobert ein Land, behauptet, es besser regieren zu können als sein rechtmäßiger Besitzer und leitet daraus den Anspruch ab, es zu annektieren. Mit dieser Argumentation könnte man eine englische Monroedoktrin für die Welt erklären.

Ich möchte die folgenden Fragen stellen:

Weiß der englische Staatssekretär des Auswärtigen nichts von der Dezimierung der farbigen Bevölkerung in den verschiedenen Kolonien Afrikas durch das Vorgehen der Entente, nichts von den im Unterhaus zugegebenen Zwangsaushebungen in Britisch-Ostafrika, nichts von den riesigen Arbeiter- und Soldatenheeren aus englischen und französischen Kolonien? Hat er sich bei seinen Kollegen vom englischen Kolonialamt erkundigt, was es bedeutet, mit Eingeborenen gegen Eingeborene Krieg zu führen? Hat er eine Ahnung von dem unermeßlichen Schaden für die koloniale Sendung aller Kulturvölker, der daraus entstehen muß, daß man Schwarze im Kampf gegen Weiße verwendet und nach Europa bringt?

Zweifelt Herr Balfour ernstlich daran, daß das Schicksal ganz

Afrikas besser gewesen wäre, wenn England die Kongoakte nicht mißachtet hätte? Hat er vergessen, daß Deutschland die einzige kriegführende Macht ist, die die Abschaffung des Militarismus in Afrika ausdrücklich unter ihre Kriegsziele aufgenommen hat?

Ist Herr Balfour heute bereit, das gleiche für England zu versprechen und mit französischen Methoden und Churchillschen Plänen endgültig zu brechen? Ich erwarte keine Antwort auf diese Fragen. Die Balfoursche Rede sollte nicht der staatsmännischen Aufklärung dienen. Die Khakiwahlen werfen ihren Schatten voraus! Die kurze Geschichte unserer Kolonien zeigt, daß wir weder in Afrika noch in der Südsee aggressive Politik treiben wollten und getrieben haben. Wir erstreben keine Vorherrschaft und kein Übergewicht, wir wollen einen Ausgleich unter den Kolonialstaaten. Wir wünschen eine Regelung der kolonialen Fragen nach dem Grundsatz, daß kolonialer Besitz den wirtschaftlichen Kräften der europäischen Nationen entsprechen soll und ihrer in der Geschichte bewiesenen Würdigkeit, die ihnen anvertrauten farbigen Völker zu beschützen. Die wirtschaftliche Tüchtigkeit allein ist kein genügender Rechtstitel. Kolonisieren heißt missionieren. Diejenigen Staaten, die nach diesem Grundsatz vor dem Kriege zu handeln bestrebt waren, die die Menschheit auch in den Farbigen achteten, diese Nationen haben das moralische Recht erworben, Kolonialmacht zu sein. Dieses Recht hatte sich Deutschland vor dem Kriege erworben. Die Befreiergeste, mit der die Annexion der deutschen Kolonien als ein gottgewolltes Werk plausibel gemacht wird, ist Blasphemie. Es erscheint Balfour als etwas Selbstverständliches, den Raubinstinkt der englischen Imperialisten moralisch zu rechtfertigen.

Es ist ihm so selbstverständlich, daß er nicht merkt, wie lächerlich

es wirkt, in einem Atem das Streben Deutschlands nach der allgemeinen Vorherrschaft zu brandmarken und für sein Land ein offenes Bekenntnis zur unverschleierten Annexionspolitik in Afrika und Asien abzulegen.

Am Schluß der Rede des englischen Staatsministers des Auswärtigen steht der Satz, der Abgrund zwischen den Zentralmächten und den Alliierten sei so tief, daß er nicht überbrückt werden könne. Herr Balfour kann weiter gehen und für sich in Anspruch nehmen, daß er diesen Abgrund noch vertieft hat. Lassen Sie mich Ihnen ein Zitat aus Kants Schrift zum ewigen Frieden anführen, Worte, die wie ein schwerer Vorwurf auf der ganzen Welt lasten:

‚Irgendein Vertrauen auf die Denkungsart des Feindes muß mitten im Kriege noch übrigbleiben, weil sonst auch kein Friede abgeschlossen werden könnte und die Feindseligkeiten in einen Ausrottungskrieg ausschlagen würden.'

Die Gesinnung des Ausrottungskrieges zu erhalten, das gerade ist der Zweck solcher Reden wie die des Herrn Balfour. Irgendwann muß doch einmal zwischen Volk und Volk so etwas aufkeimen wie eine Regung von Vertrauen. Irgendwann muß sich die vergewaltigte menschliche Natur aufbäumen gegen jene Irrlehre des Hasses, die in ihr die tiefinnerste Gemeinsamkeit der Menschen zu ersticken droht. Diese Reaktion fürchtet Balfour, und das ist es gerade, warum er seine Anklage nicht allein gegen die deutsche Regierung richtet, sondern gegen das deutsche Volk selbst und sein eigenstes Wesen . . .

In allen Ländern gibt es heute Gruppen und Menschen, die man als Zentren des europäischen Gewissens bezeichnen kann. Denken Sie nicht an einzelne Namen, weder bei uns noch im

Feindesland. In diesen Zentren regt sich so etwas wie eine Erkenntnis, daß der Weg ins Freie nur gefunden werden kann, wenn die kriegführenden Nationen zu dem Bewußtsein ihrer gemeinsamen Aufgaben zurückerwachen.

Wie vermeiden wir künftige Kriege? Wie erzielen wir die Wirksamkeit internationaler Abmachungen auch bei einem neuen Kriege? Wie stellen wir die Nichtkombattanten sicher? Wie ersparen wir es den neutralen Staaten in Zukunft, daß sie für ihre Friedfertigkeit büßen müssen? Wie schützen wir nationale Minderheiten? Wie regeln wir unsere gemeinsame Ehrenpflicht gegenüber den minderjährigen Rassen dieser Welt?

Das sind alles brennende Menschheitsfragen. Hinter ihnen steht die Stimmung von Millionen, hinter ihnen steht unsägliches Leid, stehen unerhörte Erlebnisse. Gerade unter den Kämpfern, unter denen, die gefallen sind, in allen Ländern, unter denen, die die Kraft, Gesundheit oder Lebensfreude verloren haben, hat es Tausende gegeben, Tausende, denen das Opfer leicht fiel, weil sie den Glauben nicht verloren hatten, daß aus dem angesammelten Leid, aus all der Not und Qual eine bessere Welt erstehen würde, die ihren Kindern und Enkeln Ruhe und Sicherheit, den Völkern aber untereinander den guten Willen verbürgte.

Der Siegeszug dieser gemeinsamen Ziele ist sicher.

Herr Balfour kann ihn hinausschieben, aber er kann ihn nicht verhindern."

IV. Zukunftsforderungen.

1. Gerechte Verteilung der Kolonialgebiete.

Mit Englands Gedanken, uns für kolonialpolitisch rechtlos erklären zu wollen, bliebe der Wunsch und die Hoffnung nach dem gemeinsamen Aufbau der kolonialen Zukunft, auf die Neuschaffung der verlorenen idealen Werte eine Utopie! Es bliebe der Krieg im Frieden, d. h., auf Afrika angewandt, es bliebe das bisherige System eifersüchtigen Wettbewerbs der Kolonialmächte, unter dem die Entfaltung der produktiven Kräfte des Landes und der Aufstieg der Eingeborenen naturnotwendig gelähmt wird. Unter diesen Voraussetzungen würde Afrika nicht den allseits ersehnten Dauerfrieden sichern helfen, sondern im Gegenteil weiterhin gefährliche Reibungsflächen bieten, an denen sich nur zu leicht ein neuer Weltbrand entzünden kann.

Zu dem Bilde Afrikas, wie es mir vorschwebt, brauche ich hellere und freundlichere Farben. Die unerfreulichen und pessimistischen Gedanken, die uns die Haltung Englands während des Krieges förmlich aufdrängt, mache ich mir nicht zu eigen. Wir brauchen einen Umschwung in allen Ländern zu den besten Aspirationen der Vergangenheit, und ich darf denjenigen für einen unverbesserlichen Pessimisten erklären, der einen solchen Umschwung nicht auch in England für möglich hält: Der Umschwung muß und er wird kommen!

Wenn ich also im folgenden die afrikanische Zukunft schildere, wie ich sie mir denke und wie Deutschland sie sich wünschen muß, nicht nur um Deutschlands, sondern um der Menschheit willen, so setze ich dabei immer voraus, daß schließlich in allen Ländern, die weltpolitischen Grundgedanken zur Herrschaft kommen, mit

denen allein das neue Europa, mit denen allein das neue Afrika gebaut werden kann.

Was soll an die Stelle der alten Verteilung treten? Soll etwa mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker auch in Afrika ernst gemacht werden? Wollen wir es den Eingeborenen überlassen, sich selbst zu organisieren? Das ist schlechterdings unmöglich und wird als Ziel von keinem ernsthaften Politiker vertreten. Es hieße, die Eingeborenen grausam in die chaotischen Zustände zurückstoßen, in denen sie sich vor Einsetzen der modernen Kolonisation gegenseitig aufrieben.

An der Verteilung Afrikas unter die europäischen Staaten halten wir fest. Eine andere Lösung, die ebenfalls von der Unmöglichkeit der Zurückziehung der europäischen Verwaltung über Afrika ausgeht, will das tropische Afrika unter einheitliche internationale Kontrolle gestellt wissen, erstrebt also eine gemeinschaftliche Verwaltung durch die europäischen Schutzstaaten. Sie wird insbesondere von den englischen Arbeiterkreisen vertreten und ist am schärfsten in der im Januar dieses Jahres von dem Parlamentsausschuß des Gewerkschaftskongresses und der Exekutive der Arbeiterpartei an das russische Volk gerichteten Botschaft formuliert worden. Ich glaube nicht, daß sich in England selbst eine Mehrheit für eine solche Regelung finden wird, halte aber auch meinerseits eine derartige Organisation zur Zeit für undurchführbar. Sie würde ein in praktischer Gemeinschaftsarbeit erprobtes und gefestigtes Solidaritätsbewußtsein der europäischen Staaten voraussetzen, wie es sich in Zukunft vielleicht einmal herausbilden wird, heute aber noch nicht vorhanden ist.

Ein solches Solidaritätsbewußtsein wird sicher als Sehnsucht

aus den Trümmern dieses Krieges hervorgehen, ja auch in internationalen Abmachungen als eine Grundforderung des neuen Geistes festgelegt werden. Aber bevor man den heute kriegführenden Mächten, ja, dem ganzen heutigen Europa, jene ungeheure Aufgabe zutrauen darf, überseeische Gebiete einträchtig und gemeinsam zu regieren, hat sich erst das internationale Gewissen in internationaler Praxis in Europa zu entwickeln und zu bewähren. So wird man also festhalten müssen an dem bisherigen Grundsatz der Kolonisierung und der Verteilung der Tropen unter die zivilisierten europäischen Staaten. Es wird sich nur darum handeln können, im Friedensvertrage eine neue Verteilung vorzunehmen. Und doch liegt in der Forderung einer internationalen Kontrolle, ja auch in der grotesken Forderung nach einem Selbstbestimmungsrecht der Eingeborenen ein gesunder Grundgedanke, ein Körnchen Wahrheit! Ich möchte das Wort „Selbstbestimmungsrecht" etwas umwandeln und näher ausführen, was ich bei dem Kapitel über die wirtschaftliche Hebung der Kolonien (S. 28) kurz angedeutet habe. Die Eingeborenen haben ein Selbstzweckrecht, sie haben den Anspruch, von den höher entwickelten Rassen jederzeit zugleich als Zweck und nicht bloß als Mittel betrachtet zu werden. Zu dieser Kantischen Forderung muß sich heute jede Macht bekennen, die Kolonialpolitik treiben will. Wir müssen es, einmal, nun, sagen wir es ohne Scheu, weil es ein Postulat unserer Weltanschauung ist, weil unser politisches Gewissen es fordert; sodann aber müssen wir es im wohlverstandenen nationalen Interesse. Hier werden wir, wie die Kolonialverwaltung aller Länder, nach dem Kriege einen harten Kampf mit jenem kurzsichtigen Egoismus zu bestehen haben, der in

England heute schon seine Ansprüche anmeldet. Wir, damit meine ich uns und die sämtlichen europäischen Staaten, wir werden kaum einen Überschuß an unternehmungslustigen jüngeren Leuten haben, um Afrika zu besiedeln, ganz abgesehen von der noch ungeklärten Frage, wie weit Afrika für die mittelländische Rasse besiedelungsfähig ist. Das erschöpfte Europa wird aber einen gewaltigen Hunger nach den Produkten der Tropen haben. Diese Notlage wird für gewisse Interessentengruppen eine große Versuchung sein, ohne Rücksicht auf das Gedeihen und die Wohlfahrt der afrikanischen Stämme, ohne Schonung des afrikanischen Bodens und seiner reichen Bestände, Raubbau zu treiben. Eine gewissenlose Ausbeutepolitik könnte sich zwei Opfer suchen: einmal die natürlichen Schätze des Landes, sodann aber seine Menschenkraft.

Die zweite Form des Raubbaues, die mit der ersten auf das innigste zusammenhängt, ist die gefährlichere: Afrika ist in weiten Strichen dünn bevölkert. Stammeskämpfe, Hungersnöte, Seuchen haben die Völkerschaften periodisch dezimiert, oft bis an den Aussterbeetat gebracht. Da aber der Europäer für alle seine Unternehmungen in Afrika die schwarze Arbeitskraft nicht entbehren kann, so ist die gesunde Entwicklung der afrikanischen Volksstämme höchstes europäisches Interesse. Eine Verschiebung der bisherigen Zufallsgrenzen Afrikas sollte gerade unter dem Gesichtspunkte vorgenommen werden: „Was fordert Europas und Afrikas gemeinsames Interesse?" Diejenigen Länder sollten bei der Verteilung bevorzugt werden, die bewiesen haben, daß sie die Menschheit auch in den Farbigen achteten und die Kraft gefunden haben, in diesem Gebiete zu leiten und zu organisieren. Den deutschen Ansprüchen stehen starke Widerstände entgegen.

Frankreichs Kolonialbesitz ist viel zu groß für die wirtschaftlichen Kräfte des Mutterlandes. Ebenso geht es mit Belgien und Portugal. Deshalb ist es eine Forderung, die wir nicht eindringlich genug stellen können, daß Afrika nach den Grundsätzen, die ich eben angegeben, neu verteilt werden muß. Es darf nicht länger der Zustand geduldet werden, daß sich einzelne Staaten im Besitze von Ländermassen befinden, die sie gar nicht entwickeln können, und die daher für das Wohl Europas totes Kapital bleiben. Diese Forderung wird nicht nur im Interesse Europas, sondern ebenso im Interesse Afrikas und der Afrikaner gestellt, denn nur dann kann Afrika seinen Pflichten für die Weltwirtschaft nachkommen.

Wie unter dem Gesichtspunkt der Machtpolitik das Verhältnis der physischen Kräfte der Staaten und unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftspolitik das Verhältnis ihrer Bedürfnisse und wirtschaftlichen Leistungen als Maßstab für die Verteilung der Kolonisationsgebiete der Erde unter die Mächte, die daran beteiligt sein wollen, zugrunde gelegt werden muß, so muß vom Standpunkt der Kulturpolitik die Leistungsfähigkeit der einzelnen Staaten auf kulturellem Gebiete als Maßstab für die Berechtigung ihrer Mitarbeit an der Erziehung und Förderung der eingeborenen Rassen dienen. Wir fordern, daß beim Friedensschluß eine den bezeichneten Maßstäben besser entsprechende Umlegung der Kolonien vorgenommen wird, und sind der Überzeugung, daß auf solche Weise eine Gleichgewichtslage auf kolonialem Gebiete geschaffen wird, die künftige Konfliktsmöglichkeiten beseitigt und damit dem ersehnten Weltfrieden dient.

Nach meiner kolonialpolitischen Vergangenheit, insonderheit meiner Stellungnahme zur Frage der Eingeborenenbehandlung

und zum Missionswesen, brauche ich nicht zu betonen, daß zu den zwingenden macht- und wirtschaftspolitischen Gründen als ebenso zwingende und gleichberechtigt wichtige Gründe die kulturpolitischen hinzutreten. Es besteht Übereinstimmung in unserem und im gegnerischen Lager, daß die von den Kulturvölkern über weite Gebiete Afrikas und der Südsee errichtete Herrschaft nicht zurückgezogen werden kann und darf, ohne daß die einheimische Bevölkerung Schaden erlitte und in chaotische Zustände zurückfiele. Daraus wird mit Recht die Aufgabe hergeleitet, die Herrschaft der fortgeschrittenen Rassen mit dem Ziele aufrechtzuerhalten, die zurückgebliebenen Menschen dieser Gebiete allmählich höheren Stufen der intellektuellen und moralischen Entwicklung zuzuführen. An dieser der Kulturmenschheit gestellten Aufgabe beteiligt zu werden, ist Recht und Pflicht eines jeden der großen Kulturstaaten. Wir wollen uns der Mitarbeit auf diesem Gebiete nicht entziehen und können es nicht dulden, daß andere Staaten uns aus Eifersucht oder Mißgunst davon fernhalten. Wir fordern eine Neuverteilung Afrikas unter die europäischen Kolonialstaaten nach Maßgabe ihrer wirtschaftlichen und kolonisatorischen Leistungsfähigkeit, also die Beseitigung des gegenwärtigen, auf Zufälligkeiten der geschichtlichen Entwicklung beruhenden Besitzstandes.

2. Weltwirtschaftliche Gleichberechtigung.

Welches Bild die künftige Karte von Afrika nun aber auch bieten wird, die Zuweisung von Gebieten an einzelne Mächte darf nicht zur Folge haben, daß sie den Mutterländern wirtschaftlich allein vorbehalten werden und die übrigen Staaten

ausgeschlossen oder doch nur unter benachteiligenden Bedingungen zugelassen werden. Die Kolonialpolitik einer einzelnen Macht darf nicht in Gegensatz treten zu den weltpolitischen Grundsätzen, für die allgemeine Anerkennung zu fordern ist, den Grundsätzen weltwirtschaftlicher Gleichberechtigung aller Länder.

Unser Ziel ist also nationale Kolonien, aber allgemeine Freiheit des Handels und der wirtschaftlichen Betätigung. Es ist bereits verwirklicht in beträchtlichen Teilen Mittelafrikas auf Grund der Kongoakte, an deren Abfassung die Bismarcksche Regierung in hohem Grade beteiligt gewesen ist. Diesen Standpunkt hat die deutsche Regierung auch sonst immer eingenommen und ihn dadurch bekräftigt, daß sie sich von jedem Protektionismus in den Schutzgebieten ferngehalten hat. Nicht alle europäischen Kolonialstaaten haben diesen weitherzigen Standpunkt eingenommen, der allein der Billigkeit entspricht. Die meisten ließen sich im Handel mit ihren Kolonien besondere Begünstigungen einräumen. Frankreich bildet mit Algier eine Zolleinheit und genießt in den meisten übrigen Kolonien bedeutende Zollbevorzugungen. Ebenso erhalten die Vereinigten Staaten und Portugal Begünstigungen in ihren Kolonien, letztere sehr zum Schaden der Kolonien. Auch England verhält von seinen Selbstverwaltungskolonien Vergünstigungen in Form von ermäßigten Zöllen, während in seinen Kronkolonien die offene Tür gilt. Deutschland dagegen und Holland haben weder im Zollwesen der Kolonien noch dem des Mutterlandes eine Bevorzugung des eigenen Kolonialhandels eingeführt und betrachten ihre Kolonien als Zollausland. Wir nehmen daher in Kauf, daß wichtige Produkte der deutschen Kolonien ihren Absatz nicht im Mutterlande fanden,

obwohl wir sie benötigten und von fremden Ländern beziehen mußten. Eine engherzige koloniale Wirtschaftspolitik hat also bisher Deutschland nicht getrieben. Es hat vielmehr neben den eigenen die gemeinsamen Interessen Europas in Afrika zu berücksichtigen gesucht. Wie es immer loyal an den großen Menschheitsaufgaben, der Bekämpfung des Sklavenhandels, der Beschränkung des Alkoholverbrauchs usw. mitgearbeitet hat, so ist es auch der Vorkämpfer der Freiheit des Handels und der Schiffahrt gewesen. Das Verhalten der protektionistischen Staaten, das dem gleichen Rechte aller Europäer widerspricht, ist dabei nicht einmal von unbedingtem Nutzen für sie selbst. Denn der Protektionismus allein genügt nicht, um die Handelsbeziehungen zwischen Mutterland und Kolonie zu verinnigen. Das Beispiel von Frankreich zeigt das deutlich. Deutschland ist tatsächlich ohne protektionistische Politik weiter gekommen als Frankreich mit allen seinen Bevorzugungen. Denn ausschlaggebend ist die Leistungsfähigkeit des Mutterlandes!

Selbstverständlich kann es sich nicht darum handeln, bloß einen Teil des in Frage kommenden Gebietes, etwa bloß die künftigen deutschen Schutzgebiete, durch Mitbenutzungs- und Mitbestimmungsrechte anderer Staaten zu belasten. In das Geltungsbereich des internationalen Vertragssystems muß wenigstens das ganze tropische Afrika, also Mittelafrika, einbezogen werden. Eine solche Handelspolitik ist nicht neu. Wir sehen sie in dem konventionellen Kongobecken, das den größten Teil des zentralen Afrikas, also nicht etwa nur den ehemaligen Kongostaat, umfaßt, auf Grund der Kongoakte verwirklicht. Dieses große Vertragswerk, dessen geistiger Vater und Taufpate Bismarck gewesen ist, war ein ungeheurer Fortschritt gegen-

über der früheren Praxis der Kolonialstaaten. In den ersten Jahrhunderten der neuen Kolonisation galt überall der Grundsatz, daß Kolonien wirtschaftlich dem Mutterlande ausschließlich vorzubehalten seien. Infolgedessen wurden fremde Schiffe und Kaufleute gänzlich ausgeschlossen und der Warenverkehr auf den Austausch zwischen Mutterland und Kolonien beschränkt. Diese merkantilistische Monopolpolitik wurde erst in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts gemildert, aber zunächst auch nur insoweit, daß an Stelle des Ausschlusses des fremden Handels eine Bevorzugung des mutterländischen vor diesem, der nunmehr zugelassen wurde, trat. Daß das Differentialsystem in vielen Fällen für die fremden Staaten nicht viel günstiger ist als der gänzliche Ausschluß, zeigt die praktische Erfahrung, die unser Handel bis zum Kriege in französischen und portugiesischen Kolonien hat machen müssen. Handelsfreiheit ohne jede Bevorzugung wurde von uns in allen Schutzgebieten, auch den nicht zum konventionellen Kongobecken gehörigen Teilen, auf das loyalste durchgeführt. Wir begünstigten auch nicht die heimische Einfuhr aus den Schutzgebieten. Ähnlich hat sich bisher England in seinen afrikanischen Kronkolonien verhalten, während in der südafrikanischen Union und dem ihr zollrechtlich angeschlossenen Rhodesien außerhalb des Kongobeckens eine starke protektionistische Strömung die Oberhand gewonnen hatte. Frankreich erschwert, wo es nicht international gebunden ist, den fremden Ein- und Ausfuhrhandel in der schärfsten Weise. Ähnliches gilt von dem wirtschaftlich so schwachen Portugal. Während des Krieges hat England die Absicht bekundet, seine bisherige Politik zu ändern, und mit der Einführung des abgestuften Ausfuhrzolls für Palmkerne in seinen westafrikanischen Be-

sitzungen, das dieses wichtige Produkt, das bisher zum guten Teil nach Deutschland ging, der englischen Industrie sichern soll, den praktischen Anfang gemacht. In dem Programm des Wirtschaftskrieges spielt die Ausschließung des deutschen Handels von den feindlichen Kolonien eine wichtige Rolle. Gegenüber solchen Bestrebungen halten wir das Banner der Handelsfreiheit für alle Nationen aufrecht und werden alles daransetzen, es im Friedensvertrag zur Anerkennung zu bringen. Wir folgen damit den besten Traditionen der modernen englischen Kolonialpolitik und arbeiten für die Sicherung des Weltfriedens. Die Abschließung der Kolonien für die mutterländischen Interessen führt nicht zu einem Zustande der Weltberuhigung und des Interessenausgleichs, der die Voraussetzung für die Dauerhaftigkeit des Weltfriedens ist, sondern zu Beunruhigungen und Konflikten. Die koloniale Handelspolitik kann nicht ohne weiteres nach denselben Grundsätzen geführt werden wie die der Mutterländer. Diese sind völlig frei in der Ordnung ihrer wirtschaftlichen Außenbeziehungen. Bis zu einem gewissen Grade kann man dasselbe sagen von Siedelungskolonien mit starker weißer Bevölkerung. Dagegen läßt sich die Abgrenzung der tropischen Kolonien innerlich nur rechtfertigen, wenn sie auch den Nichtstaatsangehörigen offen gehalten werden. Das ist von den weitsichtigen englischen Politikern früher immer anerkannt worden.

3. Kulturelle Gemeinschaftsarbeit in den Kolonien.

Die offene Tür soll aber nicht nur für die wirtschaftliche, sondern auch für die kulturelle Betätigung gelten. Ich denke dabei hauptsächlich an die Arbeit der Missionare. Es ist bekannt, daß

bisher die christlichen Missionsgesellschaften aller Kulturländer sich ihre Felder frei wählen konnten und nirgends bei der Erfüllung ihrer göttlichen Sendung behindert wurden. Deutsche Missionare arbeiteten in den Kolonien unserer gegenwärtigen Feinde und in unseren Schutzgebieten solche aus den verschiedensten fremden Ländern. Auch für dieses Gebiet enthält die Kongoakte grundlegende Bestimmungen, die natürlich in ihrer Wirksamkeit auf den Geltungsbereich der Akte beschränkt sind. Im Kriege hat eine Austreibung der deutschen Missionen aus allen feindlichen Besitzungen stattgefunden. Die Gegner sind sogar nicht davor zurückgeschreckt, die Austreibung auf unsere eigenen, zeitweilig in ihre Hände gefallenen Schutzgebiete auszudehnen. Gegenüber diesem Verhalten, das zu unserer Überraschung kaum Protest in den christlichen Kreisen der Feinde und der Neutralen ausgelöst hat, halten wir an der Supranationalität der Missionen fest. Der Friedensschluß muß sie durch zweifelsfreie Formulierungen dem internationalen Rechte als allgemeine Norm einverleiben.

Ein weiteres Kapitel kolonialer Gemeinschaftspolitik bilden die vertraglichen Abmachungen über bestimmte Grundlinien der Verwaltung der Einzelkolonien. Solche sind seit langem in ziemlicher Fülle vorhanden. Ihre Quelle ist nicht, wie die Gegner der Ausbildung des internationalen Rechts wohl glauben machen wollen, irgendwelche der realen Grundlage entbehrende Politik der allgemeinen Verbrüderung, sondern die Tatsache, daß die Kolonialstaaten sich Aufgaben gegenübergestellt sehen, die nur durch gleichmäßiges Vorgehen in den Kolonien, die davon berührt werden, gelöst werden können.

Das erste große Beispiel finden wir auf dem Gebiete der

Bekämpfung des Sklavenhandels und der Sklaverei. Bereits der Wiener Kongreß von 1815 hat eine Erklärung vereinbart, die die Abschaffung dieses furchtbaren Mißbrauchs, an dem alle damaligen Kolonialstaaten beteiligt waren, anbahnen sollte. Eine große Zahl von Sonderverträgen ist ihm im Laufe des Jahrhunderts gefolgt. Die Kongoakte machte den im konventionellen Becken gebietsansässigen Staaten den Kampf gegen das länderverheerende Übel zur Pflicht, und die Generalakte der Brüsseler Antisklavereikonferenz von 1890 schloß die Bewegung insofern ab, als sie bis ins einzelne Unterdrückungsmaßnahmen stipulierte. Der praktische Erfolg ist nicht ausgeblieben. Der Sklavenhandel in Afrika ist auf wenige Schlupfwinkel zurückgedrängt worden, und die Sklaverei, die nur noch in der milden Form der eine Art Hörigkeit darstellenden Haussklaverei existiert, ist zum baldigen gänzlichen Erlöschen verurteilt.

Als eine schwere Gefahr für die körperliche und moralische Entwicklung der niederen Rassen Afrikas ist bald nach dem Einsetzen der modernen Kolonialära die Einfuhr und Abgabe von Branntwein erkannt worden. Bei der Unmöglichkeit einer wirksamen Bewachung der Landgrenzen bot das Vorgehen einzelner Kolonien nur geringe Aussicht auf Erfolg. Nur gleichartige Maßnahmen der sämtlichen Kolonien, die in Betracht kamen, konnten helfen. So wurde aus innerer Notwendigkeit die Bekämpfung des Branntweinhandels Gegenstand einer Reihe mit der Brüsseler Generalakte beginnender internationaler Verträge. Das Problem kann noch nicht als gelöst gelten. Es sind neue Vereinbarungen erforderlich, deren Inhalt sorgfältiger Prüfung vorbehalten bleiben muß.

Die Abgabe von Feuerwaffen an die Eingeborenen, die für

den mit Mühe von den Kolonialstaaten hergestellten Landfrieden, der den nicht endenden inneren Fehden ein Ende gemacht hat, ebenso große Gefahren heraufbeschwören kann wie für die Herrschaft der Weißen selbst, ist in anderen Verträgen in dem Sinne geregelt worden, daß sie nur alte Vorderlader umfassen darf. Wir haben immer wieder versucht, ein gänzliches Verbot der Waffenabgabe und eine allgemeine Entwaffnung herbeizuführen. Vorübergehend haben wir dabei auch für einen Teil Westafrikas Erfolg gehabt. Letzten Endes sind aber unsere Bemühungen an dem Widerstande der Franzosen gescheitert. Daß die Waffenfrage nach diesem Kriege, in dem Eingeborene in großen Mengen als Soldaten ausgerüstet und ausgebildet worden sind, um nicht nur gegen farbige Truppen, sondern auch gegen Weiße in Europa zu kämpfen, eine neue Regelung für das ganze tropische Afrika unumgänglich erfordert, darüber kann unter den Kolonialstaaten kaum eine Meinungsverschiedenheit auftreten. Das Wie wird freilich Schwierigkeiten genug machen.

Weite Gebiete Afrikas haben unter gefährlichsten Volksseuchen zu leiden, die wie Flugfeuer von Dorf zu Dorf, von Stamm zu Stamm überspringen und furchtbare Verheerungen unter der ohnehin sehr dünnen Bevölkerung anrichten. Pocken, Aussatz, gelbes Fieber und vor allem die Schlafkrankheit sind solche Geißeln, deren Bekämpfung eine der dringendsten Aufgaben der Kolonialverwaltungen ist. Es leuchtet ohne weiteres ein und hat sich in der Erfahrung erwiesen, daß die einzelne Kolonie ohnmächtig ist, wenn nicht die Nachbarn gleichzeitig ihr Teil an dem Kampfe auf sich nehmen. So wurde z. B. der belgische Kongo, in dem sehr wenig gegen die Schlafkrankheit geschah, zur ständigen Gefahr für die angrenzenden deutschen und eng-

lischen Kolonien. Die Vereinbarung gemeinsamen Vorgehens auf diesem Gebiete, für das Vorläufer in Sonderabmachungen zwischen uns und England vorhanden sind, ist deshalb ganz unentbehrlich. Wenn es gelingt, auf dem Wege der Zusammenarbeit der Ärzte und Verwaltungsinstanzen der Kolonien der Ausbreitung der Volksseuchen ein Ziel zu setzen und sie allmählich zum Erlöschen zu bringen, so würde damit der Zukunft der afrikanischen Völker der größte Dienst erwiesen und ein weiteres Hindernis beseitigt, das der Entwicklung einer gesunden und zahlreichen Rasse entgegensteht.

Weitere gemeinschaftliche Aufgaben der Kolonialmächte in Afrika finden sich auf dem Gebiete der Verkehrspolitik. Die Erschließung der einzelnen Kolonien ist zwar eine innere Angelegenheit derselben. Die Sicherung der gleichmäßigen Benutzung der vorhandenen Verkehrsmittel, Häfen, Wasserstraßen, Eisenbahnen, Wege und Nachrichtenvermittlungseinrichtungen für Fremde und Einheimische fällt unter das Kapitel der Handelsfreiheit. Afrika kann aber auf die Dauer nicht in voneinander getrennt gehaltene Verkehrsgebiete zerfallen. Soweit schiffbare oder schiffbar zu machende Flüsse verschiedene Kolonien berühren, hat sich die Notwendigkeit von Abmachungen über den Ausbau und die Unterhaltung schon früher als notwendig herausgestellt. In Zukunft wird sich das Bedürfnis noch in verstärktem Maße geltend machen. Die Kongo- und Nigerschiffahrtakten müssen diesen Bedürfnissen angepaßt werden. Für andere Stromsysteme, z. B. Senegal, Gambia, Nil, Sambesi und für die großen Seen, die mehrere Uferstaaten haben, werden voraussichtlich ähnliche Regelungen zu treffen sein. Ferner sind die Eisenbahnnetze untereinander zu verbinden. In einzelnen Fällen können

Teile derselben Kolonie nur durch Schienenwege, die über Nachbargebiet führen, verbunden werden. Darauf bezügliche Abmachungen sind bereits in dem deutsch-französischen Vertrage über Neukamerun getroffen. Endlich wird der gemeinschaftliche Bau großer Hauptverkehrslinien, wie sie nicht nur in Europa, sondern auch in Afrika und Nord- und Südamerika geschaffen worden sind, etwa von Meer zu Meer oder zwischen den allmählich sich herausbildenden Handels- und Kulturzentralen, in Angriff genommen werden können.

Einen Komplex für sich bilden die militärischen Fragen der Neutralisierung und der Rüstungsbeschränkungen in Afrika. Die Neutralisierung der zum konventionellen Kongobecken gehörigen Teile im Kriegsfalle war bekanntlich durch die Kongoakte vorgesehen. Wenn sie im gegenwärtigen Kriege nicht durchgeführt worden ist, so fällt die Schuld unzweifelhaft auf England, das die Vernichtung der deutschen Kulturarbeit in allen Teilen der Welt sich als besondere Aufgabe setzte und die Schutzgebiete Kamerun und Ostafrika davon auszunehmen sich weigerte, obwohl seine Bundesgenossen Belgien und Frankreich bereit waren, auf unseren Vorschlag, die Kongoakte zu respektieren, einzugehen. Soll uns diese trübe Erfahrung abhalten, zu einer Erneuerung der Neutralisierung die Hand zu bieten? Ich bin der Meinung: Nein! Wenn man wie wir von den unheilvollen Wirkungen der Kriegführung in Afrika auf das ganze Werk der Zivilisation, das die Kolonialmächte auf sich genommen haben, durchdrungen ist, muß man jedes Mittel gutheißen, daß auch nur einige Aussicht bietet, eine Wiederholung der Ausdehnung europäischer Konflikte in die Kolonien zu verhindern. Und diese Aussicht bietet die Neutralisierung, wenn nicht bei einem Weltkrieg wie

dem jetzigen, so doch wohl bei Auseinandersetzungen zwischen einzelnen Mächten. — Abmachungen über Rüstungsbeschränkungen hat es bisher für die Kolonien ebensowenig gegeben wie für die Mutterländer. Jetzt werden solche Vereinbarungen von starken Parteien in verschiedenen Ländern gefordert. Die Reichsleitung hat sich bereit erklärt, an diesem Ziele mitzuarbeiten. Bringt der Frieden solche Beschränkungen für die Mächte, so müssen sie unbedingt auch auf die überseeischen Besitzungen ausgedehnt werden. Aber auch wenn eine allgemeine Rüstungseinschränkung nicht zustande kommt, würde es wertvoll sein, die militärischen Einrichtungen der Kolonien in gegenseitigem Einverständnis auf ein durch das Bedürfnis der Aufrechterhaltung der inneren Ruhe und Ordnung zu bestimmendes Maß zurückzuführen. Wir wollen Afrika nicht militarisieren, so sehr uns die Feinde die entgegengesetzte Absicht auch andichten, und fördern deshalb alle Bestrebungen, die sie hintanzuhalten versprechen.

Ich glaube im vorstehenden ein reichhaltiges Programm gemeinsam zu lösender kolonialer Aufgaben vorgeführt zu haben. Praktische Bedürfnisse und Interessen werden dafür sorgen, daß es sich später erweitert. In welchen Richtungen das geschehen kann, will ich nicht untersuchen. Ich will nur die Möglichkeit streifen, daß Fragen der Eingeborenenbehandlung wie z. B. die Landfrage, die in allen tropischen Kolonien von grundlegender Bedeutung ist, zum Gegenstand der Verabredung gleichmäßiger Richtlinien gemacht werden.

Die praktische Durchführung aller internationalen Vereinbarungen wird auch in Zukunft den Verwaltungen der einzelnen Kolonien vorbehalten bleiben. Wohl aber sind Einrichtungen notwendig, die die Beobachtung der Abmachungen durch alle

beteiligten Kolonialstaaten gewährleisten. Wir sind um so mehr dazu bereit, an ihrer wirksamen Ausgestaltung ernsthaft mitzuwirken, als wir im Gegensatz zu einigen der Mitkontrahenten stets auf das peinlichste und loyalste für die Beachtung der älteren Kolonialverträge in unseren Schutzgebieten gesorgt haben.

Wie überall sonst bedeutet auch auf dem Gebiete der Kolonisation die Zusammenarbeit mehrerer eine gewisse Beschränkung des Spielraumes der freien Tätigkeit der einzelnen Beteiligten. Wir nehmen sie in Kauf, nicht in einem unklaren Gefühl internationaler Verbrüderung, sondern weil wir glauben, daß damit dem großen Ziele am besten gedient wird, dem alle europäische Kolonisation in Afrika zustreben soll: der Entwicklung einer höheren bodenständigen, sowohl materiellen wie geistigen Kultur der eingeborenen Völker, der Nutzbarmachung der reichen Produktivkräfte der Tropen für die auf steigende Rohstoffzufuhren angewiesene Volkswirtschaft Europas. In weiterer Zukunft wird dann vielleicht das tropische Afrika allmählich den Charakter einer gemeinschaftlichen Kolonie der europäischen Staaten annehmen, in der die Besitzer der Einzelkolonien zu Treuhändern der Gemeinschaft werden. Ich glaube, daß auch dann unsere Lebensinteressen auf kolonialem Gebiete gewahrt werden könnten.

V. Schlußwort.

Ich habe versucht, in kurzen Strichen ein Bild unseres kolonialpolitischen Willens zu zeichnen. Es kam mir dabei darauf an, zwei Grundlinien besonders kräftig hervortreten zu lassen. Einmal die Notwendigkeit und das gute Recht Deutschlands, seinen überseeischen Besitz zu behalten, sodann unser Bestreben, auf dem kolonialen Gebiete nicht eine einseitige Vorherrschaft, sondern einen gerechten Ausgleich unter den Kolonialstaaten herbeizuführen. In diesen Zeichen soll insbesondere Afrika, das in der Umwandlung aus dem dunklen Erdteil in ein lebendiges Glied der Kulturgemeinschaft begriffen ist, in dem kommenden Friedensschluß neu aufgeteilt werden. Im Zeichen des Interessenausgleiches soll denn auch die Verwaltung der neu abgeteilten Besitzungen folgen. Bekennen sich alle beteiligten Staaten zu einer derartigen Kolonialpolitik, dann wird Afrika in Zukunft nicht der Zankapfel Europas, sondern eine Aufgabe, die die europäischen Völker zusammenführt, ein weites Feld, das im friedlichen Wettbewerb der Kulturnationen nach den erprobtesten Methoden aus einer vernachlässigten Wildnis in eine Folge blühender Äcker verwandelt werden wird.

Fassen wir die Ergebnisse der Gedanken über die Zukunft des afrikanischen Kontinents zusammen! Afrika wird auch

nach dem Weltkriege in den Händen einer Anzahl europäischer Kolonialmächte bleiben. Die von uns geforderte Neuordnung der Besitzverhältnisse wird aber dafür sorgen, daß die Anteile der einzelnen Mächte ihren wirtschaftlichen Interessen und ihren wirtschaftlichen und kulturellen Kräften angepaßt sind. Für den ganzen Erdteil oder wenigstens für die tropischen Gebiete ist das Vertragssystem auszudehnen und auszubauen, dessen Grundlagen bereits in den Anfängen des neueren kolonialen Zeitalters geschaffen worden sind. Diese Verträge sollen die Beteiligung der Weißen an dem Einschließungswerke in den afrikanischen Kolonien unter gleichen Bedingungen gewährleisten und Grundlinien aufstellen für die gemeinschaftliche Lösung der großen Probleme der kolonialen Verwaltung. Mit allen Mitteln ist dafür zu sorgen, daß die Militarisierung der Eingeborenen von Afrika ferngehalten wird. Gelingt es, diese Forderungen zu verwirklichen, so sind die Voraussetzungen für eine glückliche Entwicklung Afrikas und seiner Bewohner in den kommenden Jahrzehnten vorhanden. Dann können und werden die besten Kräfte Europas mit der Gewähr des Gelingens an die der Kulturmenschheit gestellte große Aufgabe herangehen. Dann werden die einzelnen Stämme Afrikas, die durch Jahrtausende im Schatten der Geschichte vegetiert haben, in geduldiger Erziehungsarbeit dem Lichte unserer Gesittung und unserer materiellen Kultur entgegengeführt werden. Dann werden die noch schlummernden ökonomischen Schätze der überreichen Länder nach den Methoden europäischer Wissenschaft, Technik und Organisation gehoben werden, zum Segen auch der übrigen Welt. Dann erst wird Afrika erstehen als ein vollwertiger Teil des Erdkreises! Wir Deutschen aber fühlen uns berufen, ein

gutes Stück Arbeit an dieser gewaltigen Aufgabe auf uns zu nehmen! Unser Programm ist klar und einfach: Wir wollen unseren Kolonialbesitz wiederhaben und wollen diesen Besitz nach Möglichkeit zu einem widerstandsfähigen und wirtschaftlich leistungsfähigen Gebilde ausgestalten. Gleichzeitig wollen wir der künftigen Gefährdung des europäischen Friedens entgegenwirken, die in der von unseren Gegnern im großen Stile geplanten Militarisierung Afrikas droht.

Erfreulicherweise ist das ganze deutsche Volk mit diesem Programm einverstanden. Bei allen Parteien hat man die Notwendigkeit eines eigenen deutschen Kolonialbesitzes anerkannt, tritt man für die Fortsetzung der deutschen Kolonialpolitik aus wirtschaftlichen und politischen Gründen ein. An dieser erfreulichen Übereinstimmung wird nichts dadurch geändert, daß zur Erreichung des Zieles der eine diesen, der andere jenen Weg vorschlägt und für den gangbareren hält. Die Lehren, die uns der Krieg in kolonialwirtschaftlicher und kolonialpolitischer Hinsicht gegeben hat, sind doch zu eindringlich gewesen.